



Persönliches Budget - Persönliches Geld

Herausforderungen für die Erwachsenenbildung



Das Bild auf der Vorderseite zeigt
Einkauswagen vor einem Warenhaus
im Hamburger Stadtteil Altona.

Foto: Astrid Windus

Montage: Klaus Buddeberg

Editorial

Werner Schlummer: Persönliches Budget - Persönliches Geld 2

Schwerpunktthema

Dieter Schartmann: Das persönliche Budget - (auch) eine Bildungsaufgabe?! 3

Markus Schäfers: Ernstfall Emanzipation - Bildungsarbeit im Kontext des
Persönlichen Budgets 16

Viktoria Dieckmann: Sich fit machen für das Persönliche Budget -
Anmerkungen zu einem Seminar mit Heimbeiräten 25

Dörte Bernhard: Social Management - Begriffsklärung und
Bedeutung in der Behindertenhilfe 33

Kontext Erwachsenenbildung

Lars Elster: „Nicht nur Geld regiert die Welt!“ -
Inklusive Fachtagung der GEB in Rothenburg o.d.T. 41

Karlheinz Halbig-Kolb / Viktor Reinhold: Ein ganz persönlicher Rückblick:
Über 25 Jahre Theaterwerkstatt Eisingen 43

Internationales und Tagungen

Hubert M. Siman: Aktuelles aus Österreich 46

Vereinsgründung: Politik gegen Aussonderung 47

Veranstaltungshinweise 48

Materialien und Medien

Buchbesprechung 50

In eigener Sache

Die GEB mitgestalten 51

Impressum

Persönliches Budget - Persönliches Geld

Werner
Schlummer



Es fängt schon gleich mit der Frage nach der Verständlichkeit an. Wenn sich alles um das liebe Geld dreht, kommt diese oft zu kurz. Wir kennen es aus beruflichen bzw. institutionellen Zusammenhängen, wenn am Jahresende Bilanz gezogen wird. Betriebswirtschaftliche, verwaltungs- und haushaltstechnische Fachbegriffe sorgen häufig dafür, dass man/frau nur „Bahnhof versteht“. Und im privaten Bereich? Solange das eigene Portemonnaie (laut DUDEN auch: Portmonee) oder die eigene Geldbörse über einen entsprechenden und ansprechenden Inhalt verfügt, kann man sich (noch) sicher fühlen. Wenn aber im Bereich der Behindertenhilfe ein Finanzierungssystem umgestellt wird, lässt dies vielfältige Verunsicherungen und Schwierigkeiten vermuten. So auch beim sogenannten „Persönlichen Budget“.

Seit dem 1. Januar 2008 besteht bundesweit ein Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Grundsätzlich können nun alle behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen - soweit sie im Sinne von § 2 Abs. 1 SGB IX anspruchsberechtigt sind - entscheiden, ob sie die Leistungen zur Teilhabe als Sach- oder als Geldleistung oder in der Kombination aus Sach- und Geldleistung erhalten möchten. Diese Umstellung verfolgt vor allem das Ziel, Menschen mit Behinderung den selbstbestimmten Zugang zum Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Für engagierte Menschen, die sich im Verein „Mensch zuerst - Netzwerk People First Deutschland e.V.“ zusammenschlossen haben, fängt die erste Schwierigkeit bereits beim Wort an: Wegen

der besseren Verständlichkeit sprechen sie vom „Persönlichen Geld“ statt vom „Persönlichen Budget“. Und um dieses Geld und seine Bedeutung als Thema der Erwachsenenbildung geht es beim Schwerpunktthema dieses Heftes.

Grundzüge des Leistungssystems „Persönliches Budget“ und seiner rehabilitationsrechtlichen Bedeutung skizziert *Dieter Schartmann*. Er gibt dabei auch erste Hinweise in Richtung Konsequenzen für Bildungsangebote. Vor dem Hintergrund des Bielefelder Forschungsprojektes PerLe beschreibt *Markus Schäfers* Erfahrungen aus dem Modellprojekt und zeigt weitere Perspektiven und Erfordernisse für Bildungsangebote auf. *Viktoria Dieckmann* lässt in ihrem Beitrag ein Seminar zum Persönlichen Budget für Heimbeiräte Revue passieren. Und schließlich stellt *Dörte Bernhard* das Schwerpunktthema in den Zusammenhang des Social Managements.

Dr. Werner Schlummer
Redaktionsmitglied

Vorschau auf Heft 2/2008

In der nächsten Ausgabe geht es um ein Kapitel der deutschen Vergangenheit: der Umgang mit dem Thema Behinderung in der nationalsozialistischen Zeit. Dieser zeitgeschichtliche Kontext und seine Bedeutung für Menschen mit Behinderung selbst sollen im nächsten Heft betrachtet werden. Es geht aber auch darum, welche Konsequenzen die Erwachsenenbildung gezogen hat und welche Erfahrungen in der Nachkriegszeit gesammelt wurden. Die Redaktion freut sich auf Beiträge, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Das persönliche Budget - (auch) eine Bildungsaufgabe?!

Das „Persönliche Budget“ ist eine veränderte Finanzierungsform des Unterstützungsbedarfs für Menschen mit einer Behinderung, nach dem behinderte Menschen - in gewissen Grenzen - selbst entscheiden können, wie, mit wem und wann sie ihren Unterstützungsbedarf realisieren möchten.

Das Thema „Persönliches Budget“ ist nicht nur hochaktuell, sondern auch von unterschiedlichen Seiten mit höchst unterschiedlichen Erwartungen und Konnotationen verbunden: Der Leistungsempfänger¹ (oder Budgetnehmer) erhofft sich vom Persönlichen Budget möglicherweise etwas anderes als der Leistungsträger; für den Leistungsanbieter wiederum ist das Persönliche Budget mit anderen Erwartungen, vielleicht sogar Befürchtungen verknüpft. Es lohnt sich also nicht nur vor dem Hintergrund des Rechtsanspruches auf ein Persönliches Budget seit dem 1. Januar 2008, sich systematisch mit dem „Persönlichen Budget“ auseinander zu setzen und die Bildungsherausforderungen zu beschreiben (vgl. Finke 2006, Hagelskamp 2006).

Ich möchte mich dem Phänomen „Persönliches Budget“ auf unterschiedliche Weise nähern. Zunächst sprachlich, dann rechtlich und schließlich praktisch.

Daran anschließend werde ich den Entstehungskontext des Persönlichen Budgets erläutern sowie den aktuellen Sachstand vorstellen. Aus dem Sachstand und der aktuellen Diskussionslage lässt sich eine zumindest vorläufige Bewertung ableiten. Abgeschlossen wird der Beitrag mit Gedanken darüber, unter welchen Prämissen das Persönliche Budget als Bildungsaufgabe konzipiert werden kann.

Annäherungen

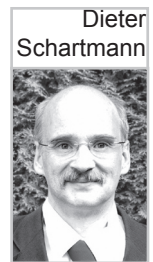
Sprachlich

Budget - so Meyers Konversationslexikon - bedeutet etymologisch betrachtet einen Beutel, einen Sack, in den Geld hineingesteckt werden konnte. Wenn man so will, entspricht dies schon annähernd den Vorstellungen, die wir alltagssprachlich mit einem Budget verbinden. Die Frage ist aber noch, wer bestimmt, was und wie viel in den Beutel hinein gehört, und vor allem, wie und wofür es ausgegeben wird und werden darf.

Dann aber soll das Budget aber noch „persönlich“ sein. Das Wort „persönlich, Person“ leitet sich von dem lateinischen „persona“ ab und bedeutet in seinem ursprünglichen Sinn eine Maske, die von Theaterspielern zur Verkleidung verwendet wurde. Im Laufe der Geschichte hat dieser Begriff vielfache Wandlung erfahren und ist je nach philosophischer Grundhaltung unterschiedlich interpretiert worden. Das Budget soll „persönlich“ sein, nicht „individuell“. Was diese feine begriffliche Differenzierung bedeuten kann, dazu später mehr.

Rechtlich

Die zweite Annäherungsmöglichkeit bilden die gesetzlichen Grundlagen des Persönlichen Budgets. Die einschlägigen Paragraphen sind im 2. Kapitel des Sozialgesetzbuches IX (SGB IX) zu finden und zwar in dem Kapitel, in dem es um die Ausführung von Leistungen geht. Dieses Kapitel ist den einzelnen Leistungskapiteln voran gestellt, weil es für alle Leistungsbereiche, also die medizinische, die berufliche und die soziale Rehabilitation



Dieter
Schartmann

gleichermaßen gilt. Dies geschah mit der Einführung des Sozialgesetzbuches IX zum 1.7.2001 sowie in den einzelnen Leistungsgesetzen der jeweiligen Leistungsträger.

Durch die Budgetverordnung, die zum 1.7.2004 in Kraft getreten ist, sowie weitere gesetzliche Novellierungen (Verwaltungsvereinfachungsgesetz, Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch, Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen) sind die gesetzlichen Grundlagen weiter entwickelt worden in die derzeit gültige Form:

- Leistungen zur Teilhabe können auf Antrag als persönliches Budget ausgeführt werden (§17, Abs. 2 SGB IX).
- Alle Leistungen aller Rehabilitationsträger (plus Pflegekassen und Integrationsämter) sind budgetfähig (§17 Abs. 2 SGB IX).
- Das Persönliche Budget ist eine monatliche Geldleistung (§17 Abs. 3 SGB IX).
- Das Persönliche Budget kann auch leistungsträgerübergreifend gewährt werden (§17 Abs. 4 SGB IX).“

Ziel dieser Art der Leistungsausführung ist es, „den Leistungsberechtigten in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen“ (§17 SGB IX). Des weiteren gilt, dass prinzipiell alle Leistungen aller Rehabilitationsträger sowie der Pflegekassen und der Integrationsämter budgetfähig sind. Das Persönliche Budget wird in der Regel als monatliche Geldleistung ausgeführt. In begründeten Ausnahmefällen können auch Gutscheine ausgegeben werden. Die Höhe des Persönlichen Bud-

gets soll die Kosten aller bisherigen individuell festgestellten, ohne das Persönliche Budget zu erbringenden Leistungen nicht überschreiten. Dies ist allerdings eine Soll-Vorschrift; das bedeutet: Der Leistungsträger hat die Möglichkeit, in Einzelfällen auch über diese Grenze hinauszugehen.

Man unterscheidet zwischen dem Persönlichen Budget, welches nur von *einem* Leistungsträger gewährt wird, und dem trägerübergreifenden Persönlichen Budget als Komplexleistung, welches von mindestens zwei Leistungsträgern bewilligt wird, von einem aber koordiniert und für den Leistungsempfänger „wie aus einer Hand“ gewährt wird.

Beim trägerübergreifenden Persönlichen Budget wird ein Leistungsträger als Beauftragter für die übrigen Leistungsträger tätig. Zwischen diesem Beauftragten und der antragstellenden Person wird eine Zielvereinbarung abgeschlossen, in der folgendes geregelt ist:

1. die Ausrichtung der individuellen Förder- und Leistungsziele
2. die Erforderlichkeit eines Nachweises für die Deckung des festgestellten individuellen Bedarfs sowie
3. die Qualitätssicherung.

Praktisch

Die dritte Annäherungsmöglichkeit ist die inhaltlich-praktische. Also die Frage, was ist denn eigentlich das Persönliche Budget genau, was ist das besondere des Persönlichen Budgets, warum steht dieses Thema momentan im Fokus des Interesses?

Der Grundgedanke des Persönlichen Budgets ist recht simpel. Vor der Einführung des Persönlichen Budgets existierte das klassische Leistungsdreieck, in dem es

drei Rollen gab: den Leistungsträger, den Leistungsanbieter und den Leistungsempfänger. Der Leistungsempfänger stellte an den Leistungsträger einen Antrag, den dieser auf der Basis seiner gesetzlichen Grundlagen und nach pflichtgemäßem Ermessen prüfte. Der Leistungsträger schloss mit verschiedenen Leistungsanbietern Verträge zur Leistungserbringung ab. In diesen Verträgen wurden die Ziele, Umfang und Qualität der Maßnahmen definiert, die der Leistungsanbieter zu erbringen hatte. Die Leistungserbringung wurde vergütet - zum Beispiel über Platzzahlen, Pauschalen usw. Der Leistungsempfänger wurde dann schließlich diesen Maßnahmen „zugewiesen“. Die Einflussmöglichkeiten des Leistungsempfängers waren in diesem Modell minimal.

Das Modell des Persönlichen Budgets sieht dagegen vor, dass der Leistungsträger auf Antrag dem Leistungsempfänger Geldmittel bewilligt, die dieser dann - zu vorher definierten Zwecken - selbstständig einsetzen darf. Der Leistungsempfänger, nicht mehr der Leistungsträger, entscheidet selber, wen er mit der Durchführung der Leistung beauftragt.

Mit dieser relativ simplen Idee haben sich die Beziehungen zwischen den handelnden Beteiligten schlagartig und radikal verändert:

- Der Leistungsanbieter muss seine Dienstleistungen dem Leistungsberechtigten, und nicht mehr dem Leistungsträger, anbieten. Er muss sein Angebot attraktiv gestalten, damit es vom Leistungsempfänger abgenommen wird.
- Der Leistungsempfänger wird von einem abhängigen Klienten zu einem Kunden, zu einem Käufer von Dienstleistungen. Er erhält Kaufkraft.

- Der Leistungsträger verhandelt nicht mehr mit Leistungsanbietern, sondern bewilligt direkt an den Leistungsempfänger.

Durch das Persönliche Budget werden allerdings keine neuen Leistungen geschaffen, sondern ausschließlich die Zahlungsart und die Zahlungswege verändert. Statt der Bewilligung von Sachleistungen (z.B. einen Platz in einer Rehabilitationsmaßnahme oder in einem Wohnheim) erhält der Leistungsempfänger Geldmittel, um dasselbe Ziel auf anderen Wegen zu erreichen.

Entstehungskontexte

Wie ist diese Entwicklung entstanden, wie ist sie zu erklären? Welche Entwicklungslinien zum Persönlichen Budget gibt es? Es lassen sich mehrere Stränge ausmachen, die aber allenfalls nur analytisch voneinander zu trennen sind, weil sie in der Praxis mehrfach ineinander verwoben sind und sich zum Teil gegenseitig bedingen. Diese können hier nur skizziert werden:

- In der Sozialpolitik fand ein Richtungswechsel statt. Behinderte Menschen sollten nicht mehr als Objekt staatlicher Fürsorge, sondern als Subjekte, als Gestalter ihrer eigenen Biografie gelten und gleichberechtigt teilhaben am Leben in der Gesellschaft. Das Persönliche Budget bildet dabei wie kaum eine andere Innovation der Sozialgesetzgebung diesen Anspruch ab. Es ist die Verkörperung dieses veränderten Einstellungswandels, das Prestigeobjekt.
- Dies korrespondiert mit einem Wechsel von der Anbieter- und Angebotsorientierung hin zur Personenori-

- entierung von Hilfen für behinderte Menschen.
- Dieser Wandel wurde auch vor allem von der sogenannten Selbsthilfebewegung gefordert. Es wurde gefragt, wo die Einflussmöglichkeiten der behinderten Menschen selber, den Nutzern der Leistungen, um die es eigentlich gehen sollte, denn bleiben.
 - Auch zeigen internationale Erfahrungen, wie die Rechte behinderter Menschen durch ein Persönliches Budget gestärkt werden können. Entsprechende Erfahrungen liegen aus Skandinavien, Großbritannien und den Niederlanden vor.
 - Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte auch eine sich verändernde Sozialverwaltung. Neue Steuerung, Neues kommunales Finanzmanagement, Produkt- und Output-Orientierung sind die Schlagworte, die auch zu einer veränderten Sichtweise auf Hilfen für behinderte Menschen geführt haben (vgl. Bieker 2004 und 2006). In Verbindung mit immer stärker steigenden Kosten wurde auch hier ein hoher Veränderungsdruck erzeugt.
 - Schließlich – auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene – ist auf den allgegenwärtigen Neo-Liberalismus und eine Merkantilisierung hinzuweisen, die zur Zeit alle gesellschaftlichen Dimensionen zu durchdringen scheinen – völlig egal, ob sich die Wirkmechanismen, zum Beispiel die von Angebot und Nachfrage, überhaupt auf andere Bereiche übertragen lassen. Es findet zur Zeit eine Ideologisierung des Marktes statt: ein Tanz um die Goldenen Kälber „Wettbewerb und Konkurrenz“, „Angebot und

Nachfrage“. Dies hat durchaus schon eine Art Fetischcharakter angenommen. Festzustellen ist jedenfalls in der Konsequenz eine immer stärkere Verlagerung von gesellschaftlich bedingten Risiken in die individuelle Biographie. Dies bietet mehr Chancen, aber gleichzeitig auch mehr Risiken (vgl. die Diskussion um die Theorie der Moderne - Beck / Bonß 2001, Beck / Lau 2004).

Unter dieser Perspektive erhält die oben skizzierte aktuelle Diskussion um eine Individualisierung von Hilfen sowie den Rückzug des Staates eine besondere Note.

Mit Klaus Dörner (2005) und Markus Dederich (2006) ist die Frage zu stellen, was dies für Menschen mit einer Behinderung bedeutet?

Entwicklung des Persönlichen Budgets

Für die konkrete praktische Erprobung des Gedankens sind zahlreiche Modellprojekte zu berücksichtigen.

Ein erstes Modellprojekt zum Persönlichen Budget wurde bereits 1998 in Rheinland-Pfalz eingerichtet. Weitere Projekte starteten in den Jahren 2002 bis 2004 in Baden-Württemberg, Hamburg, Mittelfranken, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

In einem bundesweiten Forschungs- und Modellprojekt wurde das trägerübergreifende Persönliche Budget in acht Modellregionen ausprobiert. Die Begleitforschung wurde von den Universitäten Tübingen und Dortmund sowie der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg durchgeführt und ist mittlerweile abgeschlossen (Metzler et al. 2006 und 2007).

Welche Ergebnisse zeigen sich auf der Basis der abgeschlossenen Modelle bzw. lassen sich aus den jeweiligen Berichten herausarbeiten? Dies kann hier nur skizzenhaft geschehen. Die Evaluationen der jeweiligen Projekte weisen alle in eine ähnliche Richtung, d.h. es gibt sehr kongruente Ergebnisse. Zunächst muss festgestellt werden, dass alle Modellprojekte von großen Anlaufschwierigkeiten berichten. Die Zahl der Budgetteilnehmer steigt in den ersten Monaten der jeweiligen Projekte nur sehr langsam. Dies wird durchgängig mit großen Verunsicherungen erklärt, die bei allen Beteiligten zu finden sind.

Obwohl prinzipiell alle Leistungen aller Leistungsträger budgetfähig sind, werden fast ausschließlich Leistungen der Eingliederungshilfe in Budgetform beantragt und gewährt. Trägerübergreifende Budgets gibt es kaum: in dem Baden-Württembergischen Projekt gab es keines, in dem Bundesmodell sind es von 243 dokumentierten Budgets nur 19, d.h. 8%. Wenn ein trägerübergreifendes Persönliches Budget eingerichtet wurde, dann nur von zwei Leistungsträgern und dann nahezu ausschließlich von der Sozialhilfe gemeinsam mit der Pflegeversicherung. Dass Leistungen von drei unterschiedlichen Leistungsträgern in einem Budget zusammenfließen, ist in keinem Fall vorgekommen. Aber auch die Budgets selber werden in der Regel nur als Einzelleistung verwendet, ein Budget mit zwei oder mehr Leistungen ist die Ausnahme.

Aus Sicht der Leistungsempfänger (Budgetnehmer)

Welche Motive werden von behinderten Menschen genannt, wenn es um die Beantragung des Persönlichen Budgets ging? Fast 2/3 aller Befragten im Bun-

desmodellprojekt nannten den Wunsch nach selbstständiger Lebensführung und Verselbstständigung als größten Motivfaktor. Hierhinter steckt vor allem die Vermeidung von Heimaufhalten oder der Auszug aus dem Wohnheim/ dem Elternhaus. An zweiter Stelle wird die Sicherstellung der Versorgung genannt. Damit ist in erster Linie die Sicherung einer adäquaten, meist bereits bestehenden Versorgung gemeint – und dies vor allem durch Personen des Vertrauens. Als Drittes geht es den Budgetnehmern um die Passung und flexible Organisation der Hilfen.

Die von Budgetnehmern verfolgten Ziele sind nach Kastl / Metzler der Aufbau eines Lebens im Anschluss an ein Wohnheim (55%), die Berufliche Umorientierung (25%) oder – nach dem Tod der Eltern - der Wunsch, ein „Leben wie bisher“ führen zu können, d.h. im elterlichen Haus wohnen bleiben zu können und nicht in ein Heim umziehen zu müssen (20%) (Kastl / Metzler 2005, 193).

Die Verwendung des Budgets ist abhängig von der Art der Behinderung. Menschen mit Lernschwierigkeiten verwenden das Budget tendenziell für andere Zwecke als Menschen mit einer seelischen Behinderung oder auch Menschen mit einer körperlichen Behinderung. Menschen mit Lernschwierigkeiten setzen das Budget für „Umgang mit Behörden“, „Haushalt“ und „Verwaltung des Geldes“ ein, Menschen mit einer körperlichen Behinderung am ehesten für die Bereiche „Haushalt“, „Mobilität“ und „tägliche Versorgung“ und seelisch behinderte Menschen für den „Umgang mit Behörden“, „Haushaltsführung“ und „Beziehungsgestaltung zu anderen Menschen“.

Auch Kastl / Metzler, deren Daten aufgrund der geringen Grundgesamtheit nicht behinderungsspezifisch ausge-

wertet sind, stellen als Schwerpunkt die „häusliche Lebensführung und Freizeitgestaltung“ (75%), den „Umgang mit Geld“ (67%) und „Behördengänge und Schriftwechsel“ (64%) als Haupteinsatzbereiche des Persönlichen Budgets fest (Kastl / Metzler 2005, 192).

Die Bewertung des Persönlichen Budgets ist aus Sicht der Leistungsempfänger durchgängig positiv: Es wird von einer als positiv empfundenen Erweiterung der Entscheidungsmöglichkeiten, sowohl sachlicher Art (welche Hilfeleistungen werden wie ausgeführt), zeitlicher Art (wann werden diese ausgeführt) und sozialer Art (von wem werden sie ausgeführt) berichtet. Es wird von einer hohen subjektiven Zufriedenheit gesprochen: 80% der Teilnehmenden am Bundesprojekt sehen eine Verbesserung ihrer Situation, 10% werten die Umstellung eher negativ und weitere 10% haben keine Veränderung festgestellt. In Baden-Württemberg haben 70% eine positive Bewertung, 22% eine neutrale Bewertung und 8% eine negative Bewertung des Persönlichen Budgets vorgenommen.

Aus Sicht des Leistungsträgers

Auch die Rolle, der Auftrag und die Arbeitsweise der Leistungsträger haben sich erheblich verändert. Wurden früher Gespräche und Verhandlungen mit Leistungsanbietern geführt – zum Beispiel über Platzzahlen, Qualität oder Kostensätze – so wird jetzt direkt mit dem Leistungsempfänger gesprochen, die Achse Leistungsträger – Leistungsanbieter verliert an unmittelbarer Bedeutung. Damit schwindet gleichzeitig der Einfluss des Leistungsträgers auf die regionale Angebotsstruktur. Eine seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten bestehende (un-)heilige Allianz, in der sich beide Parteien häuslich und bequem eingerichtet haben und

aufeinander eingespielt haben, wird aufgebrochen.

Gleichzeitig muss sich die Arbeits- und Denkweise grundsätzlich ändern. Hatte man als Leistungsträger im Rahmen des klassischen Leistungsdreiecks selten direkten Kontakt zu behinderten Menschen (dies übernahm in der Regel der Leistungsanbieter), so ist dies im Rahmen des Persönlichen Budgets der Regelfall. Dies muss auch Auswirkungen auf die geforderten Kompetenzen der MitarbeiterInnen haben. Eine Sachbearbeitung, die den von der Anbieterseite vorbereiteten Antrag rein administrativ bearbeitet, genügt dann definitiv nicht mehr. Vielmehr muss über intelligente Case-Management-Verfahren in der Verwaltung nachgedacht werden, die eine effektive und angemessene „Fallsteuerung“ ermöglichen. Von der personendistanzierten Administration zur individuell-orientierten Hilfeplanung – so könnte man dieses Projekt überschreiben. Aufgaben, die bislang von der Anbieterseite übernommen worden sind, soll der Leistungsträger nun selber übernehmen, wie zum Beispiel die Überführung von artikuliertem Hilfebedarf in die sozialrechtliche Sprache.

Aus Sicht der Leistungsanbieter

Große Veränderungen entstehen auch bei den traditionellen Leistungsanbietern. Als Partner der Leistungsträger konnten diese mit deren Unterstützung und der gesetzlichen Legitimation klassische Monopolstrukturen aufbauen. Ein behinderter Mensch hatte keine Wahl, in welche Werkstatt für behinderte Menschen er gehen konnte: er/sie war auf das Angebot angewiesen, das örtlich vorhanden war. Die Leistungsanbieter verlieren zunächst einmal an Einfluss. Durch möglicherweise entstehende regionale Konkurrenzen

zen wird die Angst vor ökonomischen Einbußen genährt. Dies führt notwendigerweise dazu, dass Leistungsanbieter die Palette ihrer Dienstleistungen überprüfen und den Bedürfnissen der Nutzer – der Begriff „Kunde“ fällt mir in diesem Zusammenhang immer noch schwer und wird hier auch nicht weiter problematisiert – anpassen müssen. Dies kann auch zu einem Preisdumping mit einer entsprechenden Abwärtsspirale führen, wenn die regionale Konkurrenz eine Dienstleistung kostengünstiger anbieten kann und der behinderte Mensch ausschließlich aus Kostengesichtspunkten entscheiden würde.

Der Einfluss auf die MitarbeiterInnen der Leistungsanbieter ist unmittelbar: wird eine Flexibilisierung der Hilfen erwartet, so sind es in der Regel die MitarbeiterInnen, die „flexibilisiert werden“ müssen, also zum Beispiel deren Dienstpläne. Bedeutet das zusammengefasst: schlechtere Arbeitsbedingungen zu schlechteren Löhnen?

Erste Auswertungen haben allerdings ergeben, dass man nicht von einer völlig neu entstehenden Marktsituation ausgehen kann, sondern vielmehr von einer Differenzierung und Individualisierung der vorhandenen Angebote.

Vorläufige Bewertung des Persönlichen Budgets

Es ist zum einen deutlich geworden, wie sich durch die Einführung des Persönlichen Budgets die Gewichte verschieben; zum zweiten aber auch, welche großartigen Chancen im Persönlichen Budget liegen. Dennoch: Es müssen kritische Anmerkungen folgen, soll das Persönliche Budget auch in seinen Ambivalenzen erfasst werden.

Vor welchen Schwierigkeiten steht das Persönliche Budget zurzeit? Welche Herausforderungen lassen sich für die Erwachsenenbildung daraus ableiten? Die folgenden Anmerkungen beziehen sich auf konkrete und grundsätzliche Betrachtungsweisen:

1. Häufig wird argumentiert: Das Persönliche Budget ist nicht für Menschen mit einer schwereren Behinderung geeignet, weil diese nicht „budgetfähig“ sind. Budgetfähigkeit ist keine Eigenschaft eines Individuums, sondern abhängig von der Güte der Unterstützungssysteme. Hier sind die Fantasie, der Einfallsreichtum der Pädagogik gefragt, auch diesen Personen anzubieten, was von ihnen gebraucht und gewollt wird (Feuser 2001).
2. Die Gewährung eines Persönlichen Budgets ist ein komplexes Verwaltungsverfahren: elf unterschiedliche Leistungsträger, 80 Seiten Handlungsanleitung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, acht Sozialgesetzbücher, eine eigene Verordnung. Das gegliederte System der Rehabilitation stößt an die Grenzen seiner Steuerbarkeit. Eine immer feiner werdende Ausdifferenzierung in den einzelnen Leistungsgesetzen steht dem Auftrag nach Vereinheitlichung, Zusammenarbeit und Transparenz, wie er im 1. Teil des SGB IX formuliert wird, nahezu unvereinbar gegenüber. Insofern ist es in einem negativen Sinne konsequent, wenn Leistungsträger nur ein verhaltenes Interesse an der Umsetzung des Persönlichen Budgets zeigen. Unzählige Verwaltungsmitarbeiter sind damit beschäftigt, das komplexe Geflecht an Zuständigkeiten täglich zu ent-

- flechten. Wie muss dies erst einmal auf die Nutzer der Dienste wirken? Hier zeigt sich der Bedarf an einer interessenunabhängigen Beratung behinderter Menschen im Einzelfall und eine grundsätzliche, bildungsmäßige Heranführung der Zielgruppe.
3. Budgetfähig sind alle Leistungen. Wie oben erwähnt, werden nahezu ausschließlich Leistungen des Sozialhilfeträgers und dort besonders Leistungen im Wohnbereich oder der Pflege als Budget ausbezahlt. Wo aber bleibt das wichtige Thema Arbeit (Schäfers et al. 2005)? Arbeit ist die zentrale Säule unserer Gesellschaft, ist aber beim Persönlichen Budget bislang noch nicht angemessen berücksichtigt. Auch hier muss von Seiten der Pädagogik weiter gedacht werden. Erste Ansätze gibt es bspw. mit der Ambulantisierung des Berufsbildungsbereichs der WfbM (Ciolek 2006). Die Arbeitsassistenz als Leistung könnte ein weiterer Ansatz sein. Sie bleibt aber aufgrund der bisherigen administrativen Auslegung eine Budgetleistung, die de facto nur für bestimmte Personengruppen in Frage kommt (LVR 2007).
 4. Das Persönliche Budget bedeutet nur die Umstellung der Zahlungsart, der Ausführung von Leistung – es ist an sich noch kein Konzept und die Ausführung von Leistungen nach dem Persönlichen Budget ist somit kein Erfolgsgarant. Soll das Persönliche Budget aber sinnvoll und nachhaltig in der Behindertenhilfe etabliert werden, so ist es notwendig, dieses in ein Konzept einzubetten. Denkbar wäre bspw. eine konsequente Anwendung des individuellen Hilfeplanverfahrens oder der Persönlichen Zukunftsplanung.
 5. Aber auch behinderte Menschen müssen mit den neuen Möglichkeiten leben lernen. Menschen, die jahre-, zum Teil jahrzehntelang am – manchmal kürzeren, manchmal längeren – Gängelband von Institutionen und Pädagogen hingen, sollen plötzlich, mit der Einführung eines neuen Gesetzes, selbstständig und unabhängig entscheiden? Wie soll das funktionieren? Vom Klienten, vom Patienten zum souveränen Unternehmer in eigener Sache? Entgrenzungen, so Ulrich Beck aus soziologischer Sicht, erfordern Entscheidungen. Entscheidungen treffen zu können, Ziele und Vorstellungen formulieren zu können, dies sind die zentralen Dinge, die man lernen muss, aber auch lernen kann. Das Persönliche Budget ist (auch) eine Bildungsaufgabe, wie es im PerLe-Projekt deutlich geworden ist (Wacker 2005, 78). Auch hier ist zunächst ein grundsätzliches Umdenken erforderlich, ein Ziel, auf das man von Seiten der Pädagogik hinarbeiten muss. Darüber hinaus sind Unterstützungssysteme notwendig, die sich deutlich von dem unterscheiden, was zurzeit vorhanden ist. Erste Ansätze dazu werden unten skizziert.
 6. Die Strategie der Vermarktung von Wohlfahrtsleistungen bringt keinen Zuwachs an Menschlichkeit und Selbstverantwortung, sondern ein Mehr an Anonymität und Ausgeliefertsein. „Einsame Selbstbestimmung statt fürsorglicher Gemeinschaft – ist das die Zukunft für Menschen mit Behinderungen?“, so überschrieb Markus Dederich einen Vortrag (2006). Auch hier eine Merkantilisie-

rung von sozialen Beziehungen, ein Verlust von Privatem, vielleicht sogar von Vertrautheit, von Intimität. Wenn ich früher meinen Nachbarn, meinen Freund gefragt habe, ob er mit mir ins Kino geht, kann ich ihn jetzt dafür bezahlen, kann ich ihn „kaufen“. Ist es das, was gewollt ist: Beziehung gegen Cash, Beziehung als Ware? Und welches Menschenbild wird dadurch vermittelt, welche Werthaltungen?

7. In direktem Zusammenhang muss man sich die Frage stellen, ob die seit Jahrzehnten gültigen Leitvorstellungen von paternalistischer Fürsorge nun abgelöst werden sollen durch den organisierten Rückzug aus der Verantwortung. Dient die Betonung der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung wirklich dem behinderten Menschen oder wird damit – wenn nicht vorsätzlich, dann fahrlässig – eine Vernachlässigung in Kauf genommen? „Die neue institutionelle Ordnung scheut Verantwortung und bezeichnet ihre Gleichgültigkeit als ‚Freiheit‘ für die an der Peripherie stehenden Individuen und Gruppen. Der Nachteil der aus dem neuen Kapitalismus abgeleiteten Politik ist die Gleichgültigkeit“ (Sennett 2007, 130). Dieser latenten Gefahr muss sich die Pädagogik bewusst sein. Reagieren kann man darauf mit der Einforderung von entsprechenden fachlichen Standards und einem fachlich fundierten Qualitätsmanagement. Und durch eine nicht pädagogisierende, sondern Selbstbestimmung unterstützende Bildungsarbeit.
8. Und ein Letztes: Klaus Dörner (2005) verweist auf die Schutzhaft, die Pädagogen gegenüber ihren „Schützlingen“ ausüben. Mit der Abkehr von

der institutionsorientierten hin zu den personenorientierten Ansätzen wird der Weg allerdings noch nicht konsequent zu Ende gegangen. Dörner fordert einen gemeinwesenorientierten Ansatz mit entsprechenden Sozialraumbudgets, um das soziale Kapital im Sinne Pierre Bourdieus zu aktivieren. Dies wäre ein Schritt in die inklusive Gesellschaft. Über diesen Punkt muss unsere Gesellschaft nachdenken.

Persönlich oder individuell

An dieser Stelle komme ich noch einmal auf das Begriffspaar „persönlich“ und „individuell“ im Zusammenhang mit dem Begriff „Budget“ zurück. Was wäre ein wahres Budget, welches die Selbstbestimmung von Menschen mit einer Behinderung fördern würde? Ein nicht von Leistungsträgern zu vordefinierten Zwecken zu verwendendes Geld, sondern frei verwendbares Geld; der Begriff individuelles Budget wäre dazu vielleicht eher angemessen. Das Individuum wird als erkennendes, als von jeglicher Autorität unabhängiges, als zu selbstständigen und unabhängigen Entscheidungen fähiges Wesen in der Literatur verstanden (z.B. Klaus / Buhr 1987), als Mitglied einer Gemeinschaft, soweit es autonomes Subjekt seiner Handlungen ist (Seve 1990). Hingegen drückt „der Begriff Person in seiner politischen, rechtlichen und ethischen Seite die immer stärker werdende Loslösung des Individuums von der Gesellschaft und die Vereinseitigung der menschlichen Vernunft aus“ (Klaus / Buhr 1987, 920). Soll also die Teilhabe von Menschen mit Behinderung durch ein Budget gestärkt werden, so wäre ein Budget in der soeben beschriebenen Form wesentlich weit reichender. Begrifflich

passend wäre dann die Bezeichnung als „individuelles Budget“.

Um diese Widersprüche aufdecken zu können, folgt daraus für die Pädagogik die zentrale Herausforderung, das Verhältnis von Mensch und Gesellschaft zu definieren und damit gleichzeitig das Verständnis der eigenen Rolle, der eigenen Arbeit zu reflektieren. Hier gibt es genügend Entwürfe, an denen man ansetzen kann, z.B. den radikalen Subjektbezug der Tätigkeitstheorie der Kulturhistorischen Schule.

Persönliches Budget als Bildungsaufgabe

Die zu erwartenden Veränderungen beziehen sich auf alle Prozessbeteiligten im Unterstützungssystem. Insofern muss auch an alle drei Gruppen (Leistungsempfänger, Leistungsträger und Leistungsanbieter) der Bildungsanspruch herangetragen werden. Ich möchte mich im Folgenden aber nur auf den Personenkreis der Menschen mit Behinderung beziehen. Dazu wird zunächst das eigene Verständnis offen gelegt und daran anschließend das Persönliche Budget als Bildungsaufgabe skizziert.

Bildung wird in Anlehnung an materialistische Erklärungsansätze als Vermittlung der Fähigkeit verstanden, die Subjektivität in der aktiven Teilhabe am kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritt zu entfalten (Bracht et al. 1990, 919, Fichtner 1996, Jantzen 1980) oder, wie es Stegmüller (1983, 91) formuliert: „Bildung beinhaltet die Entwicklung von Subjektivität als Ausdruck der gesellschaftlichen Selbstwerdung des Menschen“. Dies bedeutet mehreres:

- Bildung gibt es nie „an sich“, also voraussetzungslos und kontextfrei, son-

dern sie realisiert sich in einer konkreten gesellschaftlich-historischen Situation mit konkreten Individuen, also sowohl auf der Seite des gesellschaftlichen Objektes als auch auf der Seite des individuellen Subjekts immer nur bezogen auf real existierende Entstehungskontexte mit den ihnen jeweils immanenten Bedingungsfaktoren (Fichtner 1996).

- Individuelles Lernen als aktiver Handlungsbestandteil von Bildung auf der Seite des Subjekts – sozusagen als individuelle Bildungsvoraussetzung –, insbesondere aber die Lerntätigkeit im Sinne der Tätigkeitstheorie der Kulturhistorischen Schule ist Teil des menschlichen Aneignungsprozesses. Im Aneignungsprozess setzt sich der Mensch mit der objektiven Welt auseinander, verändert diese und bildet gleichzeitig seine eigene Subjektivität aus. Der Aneignungsprozess ist somit grundlegend für ein Verständnis menschlicher Bildung und Bildung kann als geronnene Lerntätigkeit, als reproduziertes Produkt der Aneignung verstanden werden. Bildung muss somit immer auf den individuellen Lernvoraussetzungen des Subjekts aufbauen.
- Bildung muss aber auch immer als individuelle „Ab-bildung“ der sozialen Wirklichkeit und der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden. Bildung ist nicht ahistorisch.
- Voraussetzung für einen so verstandenen Aneignungsprozess ist die Beachtung des dialektischen Verhältnisses von „objektiver Bedeutung“ und „persönlichem Sinn“, welches Leontjew ausgearbeitet hat (Leontjew 1977, vgl. auch Schartmann 1999). Zum einen werden die objektiven

Bedeutungen der Gegenstände einem subjektiven Bewertungsprozess unterzogen, zum anderen benötigt der persönliche Sinn objektive Bedeutungen, um sich zu vergegenständlichen. Der persönliche Sinn als subjektive Bewertungsinstanz der objektiven Bedeutungen steht für das Integral der Realisierung der individuellen Motivstruktur im Aneignungsprozess.

- Aufgabe der Beratungsarbeit muss dann sein: die Strukturierung des Aneignungsprozesses in der Zone der nächsten Entwicklung des jeweiligen Menschen mit Behinderung unter Berücksichtigung der bedürfnisrelevanten Seite des persönlichen Sinns sowie der unterschiedlichen Lebenswelten, der individuellen Lebenshintergründe und jeweiligen Lebenspraxis.

Vor diesem Hintergrund muss auch das Persönliche Budget als Bildungsaufgabe verstanden werden. Die empirische Forschung zum Persönlichen Budget hat unter anderem ergeben (s.o.), dass insbesondere zu Beginn der Modellprojekte Menschen mit einer Behinderung nur sehr zögerlich bereit waren, ein Persönliches Budget zu beantragen. Als Haupthinderungsgründe wurden vor allem Unsicherheiten und Verunsicherungen genannt.

Soll das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderung tatsächlich zur Steigerung der Selbstbestimmung führen, so müssen mindestens drei Ebenen in ein umfassendes Bildungskonzept einbezogen werden.

Ebene 1: Der erste Schritt muss zunächst eine verstärkte *Wissensvermittlung* zum Persönlichen Budget sein. Die Grundzüge des Persönlichen Budgets, der Unterschied zwischen einer Sach- und einer Geldleistung, bis hin zu einzelnen

Techniken (z.B. Verwendungsnachweiserstellung) müssen in einer angemessen konzipierten Kurseinheit vermittelt werden (s. erste Ansätze dazu in Wacker et al. 2005, 80ff.). Dabei muss es darum gehen, sowohl die Vor- und die Nachteile des Persönlichen Budgets hinreichend deutlich zu machen. Darüber hinaus sollten die Zirkulationsprozesse zwischen „Ware“, „Produktion“ und „Konsum“ eingearbeitet werden.

Dass die Wissensvermittlung methodisch adäquat auf die besondere Zielgruppe abgestimmt sein muss, ist eine Binsenweisheit und bedarf keiner weiteren Ausführungen. Dass darin aber auch eine besondere Herausforderung und eine entsprechende Brisanz liegen, ist den in der Praxis tätigen Erwachsenenbildnern bewusst.

Ebene 2: Ergänzend zur Ebene 1 müssen Menschen mit Behinderung darin gestärkt werden, ihre veränderte Rolle gegenüber Leistungsträgern und Leistungsanbietern (vom „Hilfebedarfsempfänger“ zum „selbstbestimmten Menschen“) sowie als Kunde von Dienstleistungen ausfüllen zu können (*Kompetenzentwicklungsunterstützung*). Es muss erarbeitet werden, welche (neuen) Kompetenzen für Budgetnehmer erforderlich sind, wie zum Beispiel die Formulierung von eigenen Wünschen und Vorstellungen zur Lebensgestaltung oder das Auffinden und Entscheiden bei unterschiedlichen Angeboten. Hier finden sich Ansätze und Beispiele in der Methode der „Persönlichen Zukunftsplanung“ (Doose 2004), in denen das dialektische Verhältnis von „persönlichem Sinn“ und „objektiver Bedeutung“ erarbeitet werden kann, indem der Gehalt des „Persönlichen Budgets“ für die individuelle Lebensplanung des Menschen mit Behinderung erarbeitet wird.

Ebene 3: Die 3. Ebene beinhaltet eine

gemeinsame Schnittmenge mit der Ebene 2, geht aber in ihrer Grundsätzlichkeit über diese hinaus. Gemeint ist die Unterstützung bei der *Ausdehnung der aktiven Teilhabe* des Menschen mit Behinderung an den unterschiedlichen Systemen seiner bisherigen (und vielleicht auch seiner zukünftigen) Lebenswelt. Zentral ist hierbei das von Vygotskij entwickelte Konzept der „Zone der nächsten Entwicklung“ als dem Raum, der sich durch die Distanz zwischen dem aktuellen Leistungsniveau und dem potenziellen Entwicklungsniveau ergibt (vgl. Schartmann 1999, 100ff. und 157ff. sowie 2001 und 2002).

Diese drei Ebenen sind in der Bildungs- und Beratungsarbeit für Menschen mit einer Behinderung zu berücksichtigen. Die Beratung sollte dabei nicht als einmaliges Angebot zu verstehen sein, sondern im Sinne einer Prozessberatung kontinuierlich zur Verfügung stehen. Insbesondere bei den Inhalten der Ebenen 2 und 3 ist zu beachten, dass diese nicht nur auf den Beratungsgegenstand „Persönliches Budget“ beschränkt bleiben, sondern eine grundsätzlich veränderte Einstellung gegenüber Menschen mit einer Behinderung beinhalten. Die Kompetenzen zur Bewältigung der dem Persönlichen Budget inhärenten Anforderungen - und entsprechend auch die Vermittlung dieser Kompetenzen - bedingen ein verändertes Verständnis der Zusammenhänge von menschlicher Entwicklung.

Literatur

- AHA E.V. / WINDISCH, M. (Hrsg.) (2006): Persönliches Budget. Neue Form sozialer Leistung in der Behindertenhilfe und Pflege, Neu-Ulm: AG SPAK
- BRACHT, U. / FICHTNER, B. / RÜCKRIEM G. (1990): Erziehung und Bildung; In: Sandkühler, H.J. (1990). Europäische Enzyklopädie, Bd. I, 918-939
- BECK, U. / BONß, W. (Hrsg.) (2001): Die Modernisierung der Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- BECK, U. / LAU, (Hrsg) (2004): Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie der reflexiven Modernisierung? Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- BIEKER, R. (2004): Neue Kommunalverwaltung. Eine Einführung für Sozial- und Verwaltungsberufe, München: Juventa-Verlag
- BIEKER, R. (2006): Kommunale Selbstverwaltung. Grundriss für das Studium der angewandten Sozialwissenschaften, München, Wien: R. Oldenbourg
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2006): Handlungsempfehlung und Geschäftsanweisung (HEGA) 06/2006 lfd. Nr. 3
- BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR REHABILITATION (2006): Handlungsempfehlung zur Umsetzung des Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets, Stand 01.11.2006
- CIOLEK, A. (2006): Das ambulante Arbeitstraining der Hamburger Arbeitsassistent; In: HIRSCH, S./LINDMEIER, C. (Hrsg.): Berufliche Bildung von Menschen mit geistiger Behinderung. Neue Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben, 162-172, Weinheim: Beltz-Verlag
- DEDERICH, M. (2006): Einsame Selbstbestimmung statt fürsorglicher Gemeinschaft – ist das die Zukunft für Menschen mit Behinderungen? (Vortrag beim LVR am 30.6.2006; Online: <http://www.lvr.de/soziales/service/veranstaltungen/veranstaltungsreihe/vortragdederich.pdf>; Stand: 10.12.2007)
- DÖRNER, K. (2005): Zwischen individueller Hilfeplanung und Begleitung im Lebensfeld – das handeln psychosozialer Profis (Vortrag beim LVR im Jahr 2005, nachzulesen unter www.lvr.de)
- DOOSE, S. (2004): „I want my dream!“ Persönliche Zukunftsplanung. Neue Perspektiven und Methoden einer individuellen Hilfeplanung mit Menschen mit Behinderung. (herunterladbar unter www.persoenele-zukunftsplanung.de)
- FEUSER, G. (2001): Arbeit und Bildung für geistig schwerbehinderte Menschen; IN: JANTZEN, W. (Hrsg.): Jeder Mensch kann lernen – Perspektiven einer kulturhistorischen (Behinderten-) Pädagogik, 300-323, Neuwied: Luchterhand-Verlag
- FICHTNER, B. (1996): Lernen und Lerntätigkeit.

Phylogenetische, ontogenetische und epistemologische Studien. Marburg: BdWi-Verlag

FINKE, B. (2006): Das trägerübergreifende persönliche Budget aus Sicht der überörtlichen Träger der Sozialhilfe. In: Behindertenrecht 54, Heft 3, 57-64

HAGELSKAMP, J. (2006): Persönliche Budgets für behinderte Menschen; In: Archiv für die Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 37, Heft 3, 16-23

HÖLSCHER, P. / WACKER, E. / WANSING, G. (2003): Maß nehmen und Maß halten – in einer Gesellschaft für alle II. Das Persönliche Budget als Chance zum Wandel in der Rehabilitation. In: Geistige Behinderung 3, 198-209

JANTZEN, W. (1980): Menschliche Entwicklung, allgemeine Therapie und allgemeine Pädagogik – Studien zur Entwicklung einer allgemeinen materialistischen Pädagogik, Solms-Oberbiel: Jarick

KASTL, J.M. / METZLER, H. (2005): Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellprojekt „Persönliches Budget für Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg, Tübingen

KLAUS, G. / BUHR, M. (Hrsg.) (1987): Philosophisches Wörterbuch; Berlin: Verlag Das europäische Buch, 14. Auflage

LVR – LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND (2007): ArzT – Arbeitsassistentin zur Teilhabe behinderter Menschen, Köln

LEONTJEW, A.N. (1977): Tätigkeit, Bewusstsein, Persönlichkeit, Stuttgart: Ernst-Klett-Verlag

METZLER, H. et al. (2006): Begleitung und Auswertung der Erprobung des trägerübergreifender persönlicher Budgets, Zwischenbericht Oktober 2006. Online: http://www.projekt-persoeliches-budget.de/cms/?Materialien_und_Literatur:Materialien (Stand: 26.01.2008)

METZLER, H. et al. (2007): Begleitung und Auswertung der Erprobung trägerübergreifender Persönlicher Budgets. Abschlussbericht Juli 2007. Online: <http://www.projekt-persoeliches-budget.de/cms/> (Stand: 26.01.2008)

STEGMÜLLER, W. (1983): Tätigkeitstheorie und Bildungsbegriff, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag

SCHARTMANN, D. (1999): Persönlichkeitsfördernde Arbeitsgestaltung mit geistig behinderten Menschen, Münster: Lit-Verlag

SCHARTMANN, D. (2001): Berufliche Integration als Zone der nächsten Entwicklung. In: Behindertenpädagogik, 40, 35-66

SCHARTMANN, D. (2002): Die Tätigkeitstheorie von Vygotski und ihre Relevanz für die Soziale Arbeit. In: Archiv für die Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 33, 75-89

SENNETT, R. (2007): Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berliner Taschenbuch Verlag

SEVE, L. (1990): Individuum / Individualismus. In: SANDKÜHLER, H.J. (1990). Europäische Enzyklopädie, Bd. II, 654-659

SCHÄFERS, M. / SCHÜLLER, S. / WANSING, G. (2005): Mit dem Persönlichen Budget arbeiten. In: BIEKER, R. (Hrsg.): Teilhabe am Arbeitsleben. Wege der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung, S. 81-97. Stuttgart: Kohlhammer

WACKER, E. / WANSING, G. / HÖLSCHER, P. (2003): Maß nehmen und Maß halten – in einer Gesellschaft für alle I. Von der Versorgung zur selbstbestimmten Lebensführung. In: Geistige Behinderung 2, 108-118

WACKER, E. / WANSING, G. / SCHÄFERS, M. (2005): Personenbezogene Unterstützung und Lebensqualität. Teilhabe mit einem Persönlichen Budget. Wiesbaden: DUV

WANSING, G. / HÖLSCHER, P. / WACKER, E. (2003): Maß nehmen und Maß halten – in einer Gesellschaft für alle III. Personenbezogene Leistungen (PerLe) für alle - Budgetfähigkeit und Klientenklassifikation in der Diskussion. In: Geistige Behinderung 3, 210-221

¹ Es wird in diesem Artikel von Leistungsempfängern gesprochen. Gemeint sind damit Menschen mit einer Behinderung. Der Begriff „Leistungsempfänger“ wird aus einer sozialrechtlichen Perspektive heraus gewählt, obwohl er sehr technokratisch klingt und Menschen auf den Empfang von Hilfeleistungen reduziert.

*Dieter Schartmann
Dipl.Päd., Dr.phil., Leiter der Abteilung
„Integrationsbegleitung“ (Integrationsfachdienste, Integrationsprojekte, Regionale Arbeitsmarktprogramme)
beim Integrationsamt des Landschaftsverbandes Rheinland*

Ernstfall Emanzipation – Bildungsarbeit im Kontext des Persönlichen Budgets

Markus Schäfers



Grundlegende Zielsetzung des Persönlichen Budgets ist, dass Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben führen und am Leben der Gesellschaft teilhaben. Sie sollen mehr Kontrolle über ihre Lebensumstände und die zur Alltagsbewältigung erforderliche Unterstützung erhalten. Die damit verbundene steigende Eigenverantwortung eröffnet nicht nur Chancen zu mehr Selbstbestimmung, sondern führt auch zu (neuen) Anforderungen für die Budgetnehmer/innen. Sowohl im Vorfeld der Inanspruchnahme als auch bei der Verwendung der Gelder ist das Persönliche Budget mit vielfältigen Aufgaben verbunden: die Grundidee des Persönlichen Budgets nachvollziehen, Wünsche und Bedürfnisse formulieren, eine Entscheidung für oder gegen das Persönliche Budget treffen, eine Zielvereinbarung mit dem Leistungsträger abschließen, geeignete Leistungsanbieter auswählen, ggf. Assistenten anstellen, Geld verwalten und Rechnungen begleichen, die Verwendung der Mittel dokumentieren usw. Es ist nicht verwunderlich, dass viele Menschen mit Behinderung bei der Bewältigung dieser komplexen Aufgaben auf budgetbezogene Beratung und Unterstützung („Budgetassistentenz“) angewiesen sind. Aktuelle Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte „Trägerübergreifendes Persönliches Budget“ zeigen, dass aus Sicht der Leistungsträger etwa die Hälfte der Budgetnehmer/innen Unterstützung bei der Verwaltung bzw. Verwendung des Persönlichen Budgets benötigt, darunter vor allem Menschen mit geistiger Behinderung sowie psychischer Erkrankung (vgl. Metzler et al. 2007, 157f).

Das Persönliche Budget erfordert ein radikales Umdenken – insbesondere für Personen, die über Jahrzehnte in einem System der Behindertenhilfe sozialisiert sind, das aufgrund institutioneller Hemmnisse und der Vorherrschaft einer pauschalen Rundum-Versorgung wenig Erfahrungen mit einer selbstbestimmten Organisation von Unterstützung zugelassen hat (vgl. Wacker/Wetzler/Metzler/Hornung 1998). Mit dem Persönlichen Budget werden fundamentale Fragen der Lebensplanung und -führung aufgeworfen: Wie möchte ich mein Leben gestalten? Bei welchen Dingen im Alltag benötige ich Unterstützung? Welche Unterstützung wünsche ich mir? Wo möchte ich mehr Einflussmöglichkeiten, wo wird Fremdbestimmung deutlich? Welche Rechte und Pflichten habe ich? Bei wem kann ich mich informieren, wen kann ich um Rat fragen, wem kann ich vertrauen?

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das Persönliche Budget einen Bildungsauftrag begründet, der weit über instrumentelle Fertigkeiten zur rein „technischen Abwicklung“ des Budgets (z.B. im administrativen Verfahren) hinausgeht. Eigene Ziele und Vorstellungen zu formulieren, Entscheidungen zu treffen usw. setzt Kompetenzen voraus, über welche Menschen (mit Behinderung) nicht automatisch verfügen. Angebote der Erwachsenenbildung sind deshalb ein unverzichtbares Element der Umsetzung Persönlicher Budgets, um den Bildungsbedarf von Budgetnehmer/innen mit Lernschwierigkeiten aufzugreifen.

Bildungsarbeit und Persönliches Budget – theoretische Bezüge

Im System der Behindertenhilfe setzt das Persönliche Budget an einer Neubestimmung der Macht- und Kräfteverhältnisse im sozialpolitischen Dreiecksverhältnis zwischen Leistungsträger (z.B. Sozialhilfeträger), Leistungsanbieter (z.B. ambulanter Betreuungs- und Pflegedienst, Wohnheim, Werkstatt) und Leistungsberechtigten (Mensch mit Behinderung) an. Mit dem Persönlichen Budget sind mehr Einflussmöglichkeiten auf Formen der Leistungserbringung und eine größere Unabhängigkeit von (tradierten) Institutionen der Leistungserbringung intendiert. Insofern ist das Persönliche Budget im Kern ein Medium der Emanzipation.

Nichts anderes ist Bildung. In einem zeitgemäßen Bildungsverständnis – insbesondere im Sinne kritisch-konstruktiver Didaktik nach Klafki (1996) – wird Emanzipation mit der Zielrichtung „Selbstbestimmungs-, Mitbestimmungs- und Solidaritätsfähigkeit“ als generelle Bestimmungsgröße gesehen. Für die Bildungsarbeit muss demnach richtungweisend sein, den lernenden Subjekten Hilfen zur Entwicklung dieser Fähigkeitsdimensionen zu geben.

Dabei besitzt Emanzipation immer zwei miteinander verbundene Bezugsebenen: äußere und innere Veränderungsprozesse bzw. „soziale Kräfteverhältnisse“ und „Selbstverhältnisse der Individuen“ (Maurer 2007, 12). Während das Persönliche Budget als sozialpolitisches Steuerungsinstrument vornehmlich äußere Veränderungsprozesse in der Behindertenhilfe anstoßen will (und auch nur kann), muss eine Bildungsarbeit im Kontext des Persönlichen Budgets tiefer greifen und zu einer grundsätzlichen

„Stärkung der Reflexivität des Subjekts und seiner Möglichkeiten [führen, MS], ein aktives geistiges Verhältnis zu seinen gesellschaftlich entstandenen und determinierten Lebensbedingungen aufzunehmen, sie in ihrer Gewordenheit zu rekonstruieren und in ihrer Veränderbarkeit emanzipativ zu begreifen“ (Schuck 2001, 64). Ohne veränderte „Selbstverhältnisse“ der Individuen würden ausschließlich veränderte „soziale Kräfteverhältnisse“ lediglich formalistisch bleiben. Auf der anderen Seite kann externer Wandel innere Veränderungen in Gang setzen: Mit dem Persönlichen Budget erhalten Leistungsberechtigte prinzipiell die Chance zur Neubestimmung der eigenen Position im Hilfesystem, was ihre Selbstverfügbarmacht und Artikulationskraft stärken kann.

In diesem Lichte wird gleich in mehrfacher Hinsicht die herausragende Bedeutung und Chance einer budgetbegleitenden Bildungsarbeit deutlich: Auf der Makroebene illustriert das Persönliche Budget, dass Bildungsfragen stets Gesellschaftsfragen sind: „Der Bildungstheorie und der Bildungspraxis werden die Möglichkeit und die Aufgabe zugesprochen, auf gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen nicht nur zu reagieren, sondern sie unter dem Gesichtspunkt der pädagogischen Verantwortung für gegenwärtige und zukünftige Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten jedes jungen Menschen der heranwachsenden Generation, aber auch jedes Erwachsenen, dessen Interesse an Weiterbildung bereits vorhanden oder darauf ansprechbar ist, zu beurteilen und mitzugestalten“ (Klafki 1996, 50f). Durch die mit dem Persönlichen Budget einhergehenden strukturellen Veränderungen auf gesellschaftlich-politischer Ebene werden potenzielle lebensweltliche Freiheitsräume für Men-

schen mit Behinderung eröffnet, die in konkreten Bildungsangeboten aufgegriffen, kritisch reflektiert und hinsichtlich ihrer subjektiven Relevanz beurteilt werden müssen. Wenn das Persönliche Budget existenzielle Fragen der Lebensführung tangiert, nämlich die größtmögliche Kontrolle und Verfügung über die eigenen Lebensumstände zu erreichen, so gilt es, in diesem Zusammenhang aktuelle „Schlüsselprobleme“ zu thematisieren, die sich auf das konkrete Alltagsleben der Budgetnehmer/innen beziehen: Wie lassen sich die individuellen Möglichkeiten zur selbstbestimmten Teilhabe (mit dem Persönlichen Budget) erweitern?

Auf der Mikroebene spiegelt sich im Persönlichen Budget die Doppeldeutigkeit des Kompetenzbegriffs wider – im Sinne einer Anerkennung von „Zuständigkeit“ bzw. „Selbstverantwortlichkeit“ auf der einen Seite, im Sinne von „Fähigkeit“ bzw. „Sachverstand“ auf der anderen Seite (vgl. Pfeifer 1993, 699). Beide Seiten müssen bei der Ausgestaltung des Persönlichen Budgets (inklusive Bildungsarbeit) mitgedacht werden. Konzeptionell erfolgt mit dem Persönlichen Budget zunächst einmal ein Neuzuschnitt von „Zuständigkeiten“ im Prozess der Leistungserstellung: Durch die Umlenkung der Geldmittel vom Anbieter zum Nutzer wird dem Menschen mit Behinderung weit reichende Finanz- und Entscheidungskompetenz übertragen. Über sein Budget wird die Leistungserbringung und damit das Angebot gesteuert. Jetzt ist es im Wesentlichen Aufgabe des Budgetnehmers, mit den Leistungsanbietern Vereinbarungen über die Leistungsgestaltung zu treffen und entsprechend seinen Vorstellungen Qualität zu definieren, also Leistungen danach zu beurteilen, inwiefern sie sich für die eigene Lebensführung als geeignet erweisen und

Ressourcen zur Alltagsbewältigung darstellen. Um in diesem Kontext begründete Entscheidungen treffen und Beurteilungen fällen zu können, bedarf es jedoch elementarer Kompetenzen im Sinne von „Fähigkeiten“, die im Bildungsprozess zu erarbeiten bzw. zu stärken sind.

Will man das mit dem Persönlichen Budget verbundene sozialpolitische Ziel, mehr Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen, grundsätzlich jeder Person – ungeachtet der Art und des Ausmaßes ihrer Beeinträchtigung – zugänglich machen, sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu zählen insbesondere Bildungsangebote für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, die einen hohen Unterstützungsbedarf haben und/oder in stationären Einrichtungen leben. Da jedoch das Persönliche Budget trotz seiner gesetzlichen Einführung im Jahre 2001 in Deutschland insgesamt noch Neuland ist, fehlt es an geeigneten und erprobten Fortbildungskonzepten zum Persönlichen Budget für diesen Personenkreis.

Bildungsarbeit und Persönliches Budget – Schlaglichter aus dem Projekt „PerLe“

Im bislang bundesweit einzigartigen Projekt „PerLe – Personenbezogene Unterstützung und Lebensqualität“ zur Einführung eines Persönlichen Budgets im Wohnheim (vgl. Wacker/Wansing/Schäfers 2005) stellt ein wichtiger Baustein der Modellerprobung die Entwicklung von Konzepten und Materialien für Informations- und Bildungsangebote dar. Projektteilnehmer/innen sind 18 Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, die in einer stationären Wohnein-

richtung leben. Sie erhalten einen Teil des Heimentgelts als Persönliches Budget für ausgewiesene Leistungsbereiche (z.B. Freizeitgestaltung, Teilnahme an kulturellen Angeboten, Hilfen zur Mobilität, Förderung lebenspraktischer Kompetenzen usw.). Mit dem Persönlichen Budget können Sie nun erforderliche und gewünschte Leistungen selbst organisieren und finanzieren (zur Konzeption und den Erfahrungen im Modellversuch vgl. Wacker/Wansing/Schäfers 2005; Nußbicker 2007; Schäfers/Wacker/Wansing 2008).

Im Projektverlauf wurden vielfältige Wege der Information und Fortbildung für die Projektteilnehmer/innen angeboten: Neben grundlegenden Informationsveranstaltungen sowie Handreichungen in leichter Sprache (vgl. http://www.fk-reha.uni-dortmund.de/Soziologie/PerLe/PB_leichte_Sprache.pdf) wurde ein Fortbildungsfilm „Welche Unterstützung wünsche ich mir?“ erstellt. Dieser bezieht sich nicht auf das Persönliche Budget im engeren Sinne, sondern veranschaulicht auf einer grundlegenden Ebene anhand zweier Fallbeispiele die notwendigen Überlegungen und Handlungsschritte, die für Menschen mit Behinderung beim Einkauf von Unterstützungsleistungen erforderlich sind. Die Sequenzen orientieren sich am Aufbau der im Europäischen Projekt „Menschen mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen als Konsumentinnen und Konsumenten“ (vgl. Inclusion Europe 2002) entstandenen Übungsmaterialien. Sie dienen als Ausgangspunkte, um die notwendigen Handlungsschritte auf die eigene konkrete Lebenssituation und das Persönliche Budget zu beziehen (vgl. Abbildung).

Des Weiteren wurde in Bezug auf den konkreten Umgang mit dem Persönlichen Budget ein Fortbildungscurricu-

lum vom Institut „Bildung und Beratung Bethel“ mit Unterstützung der von Bodelschwingschen Anstalten Bethel und der Universität Dortmund (Rehabilitationssoziologie) entwickelt, erprobt und evaluiert (gefördert durch die Aktion Mensch). Kernziele der Fortbildung lagen in der Vermittlung/ Förderung von

- grundlegenden Kenntnissen über das Persönliche Budget (Grundidee und Zielsetzungen, Unterschiede zwischen Sachleistungs- und Geldleistungsprinzip),
- „Verfahrenskompetenz“ (Budgetverantwortung und -verwaltung, Wahrnehmung von Rechten und Pflichten),
- „Feldkompetenz“ (Information über Möglichkeiten der Beratung, Übersicht über Dienstleister und Angebote) sowie
- „Artikulationskompetenz“ (Reflexion des eigenen Hilfebedarfs, Äußerung von Bedürfnissen und Wünschen, Verhandlungsführung) (vgl. Roos-Pfeiffer 2007).

Die Fortbildung wurde mit den Projektteilnehmer/innen in zwei Kursgruppen durchgeführt (jeweils drei zweitägige Seminarblöcke mit individuellen Einzelberatungen zwischen den Blöcken). Zur Ergänzung wurde ein Handbuch in leichter Sprache (mit Veranschaulichungshilfen) erstellt, das als Gedächtnisstütze dienen und die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema fördern soll (Beispiele finden sich bei Roos-Pfeiffer 2007, 27ff).

Wenn bei der Auseinandersetzung mit dem Thema „Persönliches Budget“ die Förderung von Kompetenzen zur selbstbestimmten Teilhabe wesentliches Bedingungsmoment sein soll, muss für die didaktisch-methodische Ausrichtung handlungsleitend sein, dass sich die Teil-

Schwerpunktthema

Filmsequenz	Inhaltsangabe (Fallbeispiel 1)	Weiterführende Leitfragen (Beispiele)
<p><i>Wunsch</i></p> 	<p>Herr Scholz äußert in einem Gespräch mit einem Betreuer im Wohnheim, dass er damit unzufrieden ist, in seiner Freizeit mit der ganzen Wohngruppe zum Kegeln zu gehen. Viel lieber möchte er ohne die Wohngruppe schwimmen gehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Was sind meine Vorlieben und Interessen? - In welchen Bereichen bekomme ich Hilfe? - Bei welchen Dingen kann ich (nicht) selbst bestimmen, wer und wann man mir hilft? - Was sind meine Lebensziele?
<p><i>Information</i></p> 	<p>Herr Scholz fragt die Mitbewohner/innen und Betreuer/innen um Rat. Diese informieren ihn über Öffnungszeiten und Eintrittspreise eines nahe gelegenen Schwimmbads. Im Schwimmbad spricht Herr Scholz mit einer Kursleiterin über verschiedene Erwachsenenschwimmkurse und deren Preise.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wie kann ich meine Wünsche erfüllen? - Wie kann ich meine Ziele erreichen? - Warum ist es wichtig, sich gut zu informieren? - Wen kann ich um Rat fragen?
<p><i>Entscheidung</i></p> 	<p>Herr Scholz erzählt in einem Gespräch mit dem Betreuer, dass er sich gegen einen Schwimmkurs entschieden hat. Er möchte lieber alleine mit einem selbst gewählten Assistenten schwimmen gehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Welche Lösung ist für mich am besten? Was sind jeweils Vor- und Nachteile? - Muss ich jemanden vor meiner Entscheidung um Einverständnis fragen? - Wer kann mir bei meiner Entscheidung helfen?
<p><i>Rechte und Pflichten</i></p> 	<p>Herr Scholz fragt einen Bekannten in der Nachbarschaft, ob er sein Assistent wird und ihn zum Schwimmen begleitet. Die Beiden verabreden, dass sie einmal in der Woche zum Schwimmen gehen, und unterzeichnen einen Vertrag.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Welche Rechte und Pflichten habe ich als Kunde? - Was ist ein Vertrag? Was muss in einem Vertrag geregelt sein? - Was passiert, wenn sich jemand nicht an den geschlossenen Vertrag hält?
<p><i>Bewertung</i></p> 	<p>Herr Scholz ist mit seinem Assistenten zufrieden und möchte weiterhin mit ihm einmal pro Woche schwimmen gehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Habe ich meine Wünsche erfüllt? Sind meine Ziele erreicht? - Wurden die Absprachen mit dem Assistenten eingehalten? - Bin ich zufrieden mit der Hilfe? Muss ich etwas verändern?

Abbildung: Fünf Schritte bei der Organisation von Unterstützung (Fallbeispiel aus dem Film „Welche Unterstützung wünsche ich mir?“)

nehmer/innen im Bildungsprozess als aktive Gestalter ihrer eigenen Veränderung erfahren. Gleichzeitig ist aus lebensweltlicher Perspektive eine authentische, die Bedingungen und Anforderungen der Lebenswirklichkeit widerspiegelnde Bildungsarbeit gefordert. An einem Beispiel aus der Fortbildung soll dieser Aspekt veranschaulicht werden:

Mit der Einführung des Persönlichen Budgets im Wohnheim erhalten die Budgetnehmer/innen mehr Entscheidungsspielräume – sie können individuelle Absprachen mit Mitarbeiter/innen des Wohnheims treffen oder externe Leistungsanbieter in der Region in Anspruch nehmen (vgl. Wacker/Wansing/Schäfers 2005, 123f). Das bedeutet auch: Sie müssen in Verhandlung mit in Frage kommenden Anbietern treten.

In der Fortbildung wurde mit Hilfe der Methode des Rollenspiels eingeübt, in Beratungs- und Verhandlungsprozessen mit Anbietern eigene Interessen zu vertreten, relevante Informationen einzuholen sowie Anforderungen und Qualitätskriterien für die persönliche Unterstützung zu artikulieren (Was ist mir bei der Unterstützung wichtig?). Nach dieser Übungsphase wurden regionale Leistungsanbieter (ambulante Betreuungsdienste in frei-gemeinnütziger und privat-gewerblicher Trägerschaft) eingeladen, sich im Rahmen der Fortbildung im Wohnheim zu präsentieren (vgl. Roos-Pfeiffer 2007, 24). Durch dieses Vorgehen erhielten die Budgetnehmer/innen die Möglichkeit, die Anbieter (in einem geschützten Rahmen) kennen zu lernen, zu ihren Leistungen zu befragen, dadurch wichtige Lernerfahrungen zu sammeln und sich bereits als wahl- und entscheidungsfähige Subjekte im Leistungssystem zu erleben. Die Erfahrungen in der Fortbildung haben gezeigt, dass

durch den Bezug zum Lebensalltag der Lerngegenstand nicht nur anschaulicher wird, sondern sich das Gelernte als nützlich für die Alltagsbewältigung erweist und damit subjektiv bedeutsam wird.

Erfahrungen und Ergebnisse einer Bildungsarbeit zum Persönlichen Budget

Zur Evaluation des Modellversuchs wurden Interviews mit den Budgetnehmer/innen und Bezugsmitarbeiter/innen (nach etwa zwei Jahren Laufzeit des Projekts) geführt, die Hinweise auf Lernerfahrungen, auf die Nachhaltigkeit der Fortbildung und die gewonnene Sicherheit im Umgang mit dem Persönlichen Budget liefern. Einschränkend muss gesagt werden, dass sich keine kausalen Beziehungen zwischen den Befragungsergebnissen und der durchgeführten Fortbildung herstellen lassen, da etwaige Kompetenzgewinne in der Regel nicht trennscharf entweder den Bildungsangeboten oder der zunehmenden praktischen Umsetzungserfahrung zuzuordnen sind. Dennoch lassen einzelne Aspekte – insbesondere weiterhin bestehender Informations- und Lernbedarf – vorsichtige Rückschlüsse auf die Reichweite der Bildungsarbeit zu. Die umfassenden Ergebnisse der Evaluation sind an dieser Stelle nicht darstellbar (vgl. dazu Schäfers/Wacker/Wansing 2008). Nachfolgend können nur einzelne Aspekte skizziert werden, welche die besonderen Herausforderungen einer Bildungsarbeit im Kontext des Persönlichen Budgets betreffen.

In den Interviews offenbaren die Antworten der Bewohner/innen auf die Frage „Worum geht es beim Persönlichen Budget, was ist das Persönliche Budget eigentlich?“ einen sehr heterogenen Wis-

sensstand: Vielen Budgetnehmer/innen fällt es auch nach zweijähriger Laufzeit des Modellversuchs und trotz flankierender Informations-, Beratungs- und Bildungsaktivitäten schwer, die Grundidee des Persönlichen Budgets zu verstehen. Etwa die Hälfte der Budgetnehmer/innen hat nur vage Vorstellungen über das Persönliche Budget (im Sinne von: ‚Das Persönliche Budget ist Geld‘). Viele Befragte beziehen das Budget nicht auf ihren Hilfebedarf (der ihnen in vielen Fällen auch nicht wirklich klar ist) und auf den „Einkauf“ von Unterstützung. Insbesondere entstehen Irritationen in Abgrenzung zu anderen Geldbeträgen (Taschengeld, Essens- und Kleidungsgeld, Arbeitslohn). Bei der anderen Hälfte der Budgetnehmer/innen wird ein weiter gehendes Verständnis deutlich; diese beschreiben (sinngemäß) die Funktion des Budgets: *„Das ist hier, wie soll ich sagen, wo der Staat das Geld zu den Leuten hinschickt. Einmal im Monat. Und das wird den Mitarbeitern, wenn die mit einkaufen gehen, bezahlt“* (ID 23).

Als besondere Herausforderung erweist sich die Planung und Organisation der Unterstützung über ein Persönliches Budget. Nur wenige Personen sind in der Lage, einzelne notwendige Umsetzungsschritte (wie Auswahl von Assistenten, Terminabsprache) reflektiert zu betrachten bzw. die Unterstützungsorganisation relativ selbstständig zu bewältigen. Bei den meisten Personen herrscht diesbezüglich große Unsicherheit: *„Das Vorbereiten, das isses immer. Wenn ich was vorschlage, ich wollte dahin, ja dann müssten die [die Betreuer, MS] das machen“* (ID 26).

Trotz dieser Schwierigkeiten ist im Verlauf des Modellversuchs – gestützt durch die Bildungsaktivitäten – das Persönliche Budget auf einer grundlegenden Ver-

ständnis- und Handlungsebene plastischer geworden. Das wird daran deutlich, dass viele Budgetnehmer/innen als zentralen Gewinn die größere Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Auswahl der Unterstützungspersonen nennen: *„Ja, dass man halt die Möglichkeit hat, unabhängiger von den Wohnheimmitarbeitern, dass die Leute sich da die Betreuer wählen können, die Assistenten“* (ID 01). Durch den in der Fortbildung hergestellten Bezug zwischen konkreten persönlichen Vorhaben (z.B. Stadion- oder Diskobesuch am Wochenende) und entsprechenden Realisierungsmöglichkeiten mit dem Persönlichen Budget (z.B. Organisation eines Fahrdienstes oder Buchung eines externen Anbieters) wurde offenbar die Vorstellungskraft bezüglich des möglichen Einsatzspektrums des Budgets gefördert – sowohl in sachlicher (Was kann ich mit dem Persönlichen Budget machen?) als auch in sozialer Hinsicht (Wen kann ich als Assistenten/in wählen?).

In den Interviews mit den Budgetnehmer/innen wird eine subjektiv hohe Bedeutung der Fortbildung erkennbar: Die Kurse werden von nahezu allen befragten Teilnehmer/innen als sehr positiv beurteilt und haben nach eigenem Bekunden zu einer steigenden Handlungssicherheit im Umgang mit dem Persönlichen Budget geführt. Das darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass der monetäre Charakter des Budgets für die meisten Bewohner/innen eine abstrakte Größe bleibt (da sie kaum Vorstellungen von Budgethöhen und Preisen für Dienstleistungen besitzen) und prozessuale Kompetenzen (wie Verfahrens- und Feldkompetenz) nur in Ansätzen deutlich werden. Dies weist darauf hin, dass Fortbildungen eine kontinuierliche Beratung und Unterstützung („Budgetassistentz“) für diesen Personenkreis nicht ersetzen können.

Fazit

Auf den ersten Blick mögen die mit der Fortbildung „Persönliches Budget“ erreichten Ergebnisse ernüchternd sein. An vielen Stellen werden trotz intensiver Bildungsaktivitäten lediglich schemenhafte Vorstellungen vom Persönlichen Budget und eine hohe Unsicherheit der Budgetnehmer/innen sichtbar.

Jedoch sind über den gesamten Erprobungszeitraum des Modellversuchs hinweg (ca. 3,5 Jahre) bei vielen Budgetnehmer/innen deutliche Entwicklungsschritte erkennbar – wenngleich auf unterschiedlichen Kompetenzniveaus –, zu denen sicherlich auch die vielfältigen Bildungsangebote beigetragen haben. So kommt eine Mitarbeiterin bezüglich der von ihr betreuten Budgetnehmerin zu der Einschätzung: *„Ich glaub’, sie ist auf ’nem guten Weg einfach. Also, wenn ich mir das vor ’nem Dreivierteljahr angucke und wenn ich mir das jetzt angucke, glaub’ ich irgendwie, dass sie Sicherheit erlangt hat einfach auch und dass sie da gut dabei ist, das irgendwann viel selbstständiger hinbekommen zu können“* (IDM 10). Besonders bei Menschen mit geistiger Behinderung sind Geduld und Beharrlichkeit gefragt; einmalige Fortbildungskurse sind sicher nicht ausreichend, um dem umfassenden Informations- und Bildungsbedarf zu entsprechen. Zudem muss das Persönliche Budget im Alltag gelebt und erfahren werden, um Bezüge zur eigenen Lebenswirklichkeit konstruieren zu können; eine ausschließlich theoretische Beschäftigung mit dem Thema ist nicht zielführend.

Das Persönliche Budget ist ein komplexer Lerngegenstand, der in der Bildungsarbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung die Gefahr der Überforderung mit sich bringt. In der Bildungspraxis stellt

es eine enorme Herausforderung dar, schwierige Sachverhalte (z.B. gesetzliche Grundlagen, Finanzierungswege, Möglichkeiten und Grenzen der Budgetverwendung) verständlich aufzubereiten bzw. das Curriculum auf zentrale Aspekte des Persönlichen Budgets zu konzentrieren, ohne den Kern zu verfehlen und nur an der Oberfläche zu bleiben (vgl. Roos-Pfeiffer 2007, 24).

Bildung vollzieht sich auf unterschiedlichen Niveaustufen, der Umgang mit dem Persönlichen Budget ebenso. Im Projekt PerLe gibt es einige Budgetnehmer/innen, die inzwischen aktiv und zielgerichtet mit dem Persönlichen Budget umgehen. Wiederum andere Bewohner/innen wissen zwar, dass sie am Projekt teilnehmen, haben aber kaum Verständnis von der Budgetidee. In anderen Modellversuchen wurden ähnliche Erfahrungen gemacht: Auch dort ist einigen Leistungsberechtigten nicht bewusst, dass ihre Unterstützung über ein Persönliches Budget organisiert wird (vgl. Kastl/Metzler 2004, 28; Metzler et al. 2007, 159f). Das mag zwar nicht dem idealtypischen Bild vom Budgetnehmer als souveränen „Kunden“ oder „Auftraggeber“ entsprechen, schließt aber nicht aus, dass auch diese Personen vom Persönlichen Budget profitieren, wenn über das Budget im Vergleich zur Sachleistung ein passgenaueres Unterstützungsarrangement geschaffen werden kann.

Ein zentrales Ergebnis des Projekts PerLe ist: Das Persönliche Budget verlangt von allen beteiligten Akteuren Neuorientierung und Bereitschaft, sich selbst zu verändern sowie (vertraute und lieb gewonnene) Standardpfade der Leistungserbringung zu verlassen. Dieser Prozess ist durch Bildungsangebote zu unterstützen, damit das Persönliche Budget sein emanzipatorisches Potenzial entfalten kann.

Literatur

- INCLUSION EUROPE (2002): Ich weiß, was ich will! Ich kaufe, was ich will! Mappe mit Übungsmaterial. Das Europäische Projekt „Menschen mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen als Konsumentinnen und Konsumenten“. Brüssel
- KASTL, J. / METZLER, H. (2004): Modellprojekt Persönliches Budget für Menschen mit Behinderung in Baden Württemberg. Sachstandsbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum 31.3.2004. <http://www.sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fm/1442/Sachstandsbericht.356964.pdf>
- KLAFKI, W. (1996): Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. 5. Aufl., Weinheim
- MAURER, S. (2007): Einleitung: Emanzipation. Ein Begriff und seine Thematisierungsgeschichte in der Pädagogik. In: SCHNOOR, H. (Hrsg.): Leben mit Behinderungen. Eine Einführung in die Rehabilitationspädagogik anhand von Fallbeispielen. Stuttgart, 9-13
- METZLER, H. / MEYER, T. / RAUSCHER, C. / SCHÄFERS, M. / WANSING, G. (2007): Begleitung und Auswertung der Erprobung trägerübergreifender Persönlicher Budgets. Wissenschaftliche Begleitforschung zur Umsetzung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – Abschlussbericht, Juli 2007. <http://www.projekt-persoennes-budget.de>
- NUSSBICKER, R. (Hrsg.) (2007): „Ich bin jetzt Chef!“ Die Idee des Persönlichen Budgets in einer stationären Einrichtung für Menschen mit Behinderung. Ein Praxisbericht. Bielefeld
- PFEIFER, W. (Hrsg.) (1993): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, Band 1: A L. 2. Aufl., Berlin
- ROOS-PFEIFFER, W. (2007): Von der Überwindung gelernter Hilflosigkeit. Entwicklung und Erprobung eines Fortbildungskonzeptes Persönliches Budget für Menschen mit Behinderung. In: NUSSBICKER, R. (Hrsg.): „Ich bin jetzt Chef!“ Die Idee des Persönlichen Budgets in einer stationären Einrichtung für Menschen mit Behinderung. Bielefeld, 21-50
- SCHÄFERS, M. / WACKER, E. / WANSING, G. (2008): Persönliches Budget im Wohnheim. Wiesbaden (*in Vorbereitung*)
- SCHUCK, K.-D. (2001): Fördern, Förderung, Förderbedarf. In: ANTOR, G. / BLEIDICK, U. (Hrsg.): Handlexikon der Behindertenpädagogik. Schlüsselbegriffe aus Theorie und Praxis. Stuttgart, 63-67
- WACKER, E. / WANSING, G. / SCHÄFERS, M. (2005): Personenbezogene Unterstützung und Lebensqualität. Teilhabe mit einem Persönlichen

Budget. Wiesbaden

WACKER, E. / WETZLER, R. / METZLER, H. / HORNING, C. (1998): Leben im Heim. Angebotsstrukturen und Chancen selbständiger Lebensführung in Wohnrichtungen der Behindertenhilfe. Baden-Baden

*Dr. Markus Schäfers
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Lehrstuhl Rehabilitationssoziologie der
Fakultät Rehabilitationswissenschaften
der Technischen Universität Dortmund.
Mitarbeiter in Forschungsprojekten zum
Persönlichen Budget: Personenbezogene
Unterstützung und Lebensqualität (Per-
Le), wissenschaftliche Begleitforschung
der Modellprojekte „Trägerübergreifen-
des Persönliches Budget“*

*Technische Universität Dortmund
Fakultät Rehabilitationswissenschaften
Rehabilitationssoziologie
44221 Dortmund
eMail:
markus.schaefers@tu-dortmund.de*

Sich fit machen für das Persönliche Budget

Anmerkungen zu einem Seminar mit Heimbeiräten

Auf der Basis von theoretischen Überlegungen und der Evaluation eines Seminars beschreibt dieser Beitrag konzeptionelle Überlegungen für eine Bildungsveranstaltung für Menschen mit so genannter geistiger Behinderung zum Thema „Grundlagen zum Thema Persönliches Budget“. Ziel dieses Beitrags ist es, gesammelte eigene Erfahrungen als Impulse für mögliche weitere Seminare für potenzielle Budgetnehmer/innen zum Thema Persönliches Budget zu skizzieren. Grundlage dafür ist eine Orientierung am Empowermentkonzept, an Lernzielebenen und handlungsbestimmenden Leitprinzipien für die Erwachsenenbildung sowie an den Bedürfnissen der Zielgruppe.

Das Fortbildungsangebot und seine Teilnehmer

Bezugssystem für diesen Beitrag ist das Seminar „Grundlagen zum Thema Persönliches Budget“, das im Mai 2006 in Köln als Veranstaltung des Diözesan Caritas Verbandes für das Erzbistum Köln e.V. (DiCV) stattfand und bei der ich Co-Referentin war. Es war Gegenstand meiner Untersuchung, mit der ich – gestützt auf verschiedene Forschungsverfahren – eine Evaluation des Seminars durchgeführt habe (Dieckmann 2007). Gewonnene Eindrücke und Beobachtungen (teilnehmende Beobachtung) dienen der Reflexion des Seminars und zugleich als Grundlage für ein im Anschluss an das Seminar geführtes Leitfadeninterview mit einer weiteren Referentin. Auch von den Teilnehmer/innen des Seminars

erarbeitete Arbeitsgruppenergebnisse, geäußerte Fragen und Kommentare und die zum Ende des Seminars bearbeiteten Feedbackfragebögen wurden zur kritischen Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes herangezogen. Diese Aspekte werden in dem Beitrag allerdings nicht weiter ausgeführt.

Zielgruppe des zweitägigen Seminars waren Heimbeiräte/innen, für die im Rahmen der „Austausch- und Fortbildungstage der Heimbeiräte der Wohnhäuser für Menschen mit geistiger Behinderung“ bereits zum 10. Mal eine Fortbildung durchgeführt wurde. Vorausgegangene Veranstaltungen des DiCV waren bislang jeweils eintätig organisiert. 18 Heimbeiräte meldeten sich zu der Fortbildung an. Mit Ausnahme einer Heimbeirätin, die zum Zeitpunkt des Seminars im Betreuten Wohnen lebte, wohnten alle Teilnehmer/innen in stationären Einrichtungen in Trägerschaft der Caritas. Von den sechs weiblichen und zwölf männlichen Heimbeiräten hatten sechs bereits einmal und zehn bereits mehrmals (bis zu neun Mal) Fortbildungen des DiCVs in Anspruch genommen. Elf Heimbeiräte/innen nahmen alleine teil – stellvertretend für den Heimbeirat ihrer jeweiligen Einrichtung. Aus drei Einrichtungen folgten jeweils zwei Teilnehmer/innen der Einladung zum Seminar und eine Teilnehmerin nahm als externes Mitglied des Heimbeirats einer Einrichtung teil. Da den weiteren Referenten/innen viele der Teilnehmer/innen bereits aus den vorangegangenen Veranstaltungen bekannt waren, war die Gruppe der Teilnehmer/innen sowohl bezüglich der Kulturtechniken als auch der kognitiven und kommunikativen

Viktoria Dieckmann



Kompetenzen als sehr heterogen einzustufen. Einige Heimbeiräte/innen wurden zur Unterstützung von „Betreuer/innen“ aus ihren Einrichtungen begleitet, so dass neben den Heimbeiräten acht Assistenten/innen – so meine Bezeichnung im Sinne des Empowermentkonzepts – anwesend waren.

Vier Referenten/innen waren an der Planung des Seminars beteiligt. Für die inhaltliche Planung gingen dem Seminar zwei Treffen voraus. Durchgeführt wurde das Seminar schließlich von drei Referent/innen, da ein Referent kurzfristig ausgefallen war.

In der Seminausschreibung war neben dem Thema des Seminars ferner erläutert, dass es um Grundlagen, Fragen, Nutzen und mögliche Grenzen des „Persönlichen Budgets“ gehen soll. Dementsprechend waren folgende Kernfragen formuliert: „Was heißt Persönliches Budget?“, „Was ist das Persönliche Budget?“ und „Was kann man von dem Persönlichen Budget bezahlen?“. Im Vorfeld des Seminars war aufgrund der vorgesehenen Zielgruppe davon auszugehen, dass nur Teilnehmer/innen aus dem stationären Wohnbereich kommen würden. Ferner bestand die Annahme, dass die Ausweitung des Themas auf alle Lebensbereiche zu komplex sein würde. Daher trafen die Referenten/innen die Entscheidung, das Thema – und somit den Verwendungsbereich des Persönlichen Budgets – gezielt auf den Lebensbereich Freizeit zu reduzieren. Damit verbunden war ferner die Erwartung, dass es den Teilnehmer/innen beim Bereich Freizeit relativ leicht fallen würde, sich mit eigenen Vorstellungen und Erfahrungen in das Seminar einzubringen.

Die Aufbereitung des Themas „Persönliches Budget“ erfolgte in Anlehnung an das Fortbildungskonzept des Bielefeld-

der Forschungsprojektes „Personenbezogene Unterstützung und Lebensqualität“ (PerLe) (siehe auch den Beitrag von M. Schäfers in diesem Heft). Zum Zeitpunkt des Seminars war dies das einzige Modellprojekt, das für im stationären Bereich lebende Menschen mit so genannter geistiger Behinderung konzipiert (vgl. Wacker / Wansing / Schäfers 2005, 80ff) und somit auf die gleiche Zielgruppe ausgerichtet war. Darüber hinaus korrespondierte die in dem Projekt PerLe konzipierte Unterscheidung zwischen der Unterstützungsleistung in von der Einrichtung finanzierten Basisleistungen und Leistungen, die durch ein Persönliches Budget finanziert werden können, mit dem Vorhaben, das Seminarthema auf den Lebensbereich Freizeit zu konzentrieren.

Eindrücke aus dem Seminar

Die Teilnehmer/innen hatten sich bereits vor dem Seminar zu Hause Gedanken zum Persönlichen Budget gemacht – so war es in der Ausschreibung gefordert. Die Präsentation der mitgebrachten „Hausaufgaben“ fand innerhalb von drei Arbeitsgruppen statt. Die Ergebnisse wurden in Form von handgemachten Collagen sowie geschriebenen und bebilderten Texten präsentiert. Die Vorstellung erfolgte überwiegend durch die Teilnehmer/innen. Einige der Teilnehmer/innen wurden beim Vortragen durch ihre Assistenten/innen unterstützt.

Die Auseinandersetzung mit den Fragen „Wobei bekommen Sie im Wohnheim Unterstützung?“ und „Was machen Sie zusammen mit Ihren Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern in der Freizeit?“ brachte wichtige Ergebnisse in Bezug auf alltägliche Gewohnheiten (Abb. 1 und 2).

Plakatergebnisse: „Wobei bekommen Sie im Wohnheim Unterstützung?“

Hauswirtschaftliche Tätigkeiten: Bügeln, Wäsche, Einkaufen, Kochen, Putzen,

Pflege: Duschen

Organisatorische Unterstützung: Ämter, Behörden, Papierkram, Geld,
Zeiteinteilung

Emotionale Unterstützung: Konflikte, Beziehungen zu anderen Menschen, Arztbe-
suche, Besuch und Unterstützung im Krankenhaus, Betreuungsgespräch, Hilfe
bei Problemen, Trauerarbeit

Fortbewegung,

Freizeitgestaltung: Spielen, Singen, Sport, Urlaubsplanung, Urlaub, Seminare

Abb. 1: Unterstützungsbereiche

Plakatergebnisse: „Was machen Sie zusammen mit Ihren Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern in der Freizeit?“

Kegeln, Kirchbesuch, Kino, Essen, Kochen, Backen, Kontakt mit anderen, Ausflug,
Schwimmen, Basteln, Spiele-Abende, Karate-Kampfsport-Veranstaltung, Kicker,
Fußball im Stadion, Urlaub, Biertrinken gehen, Abendessen, gemeinsame Ausflüge
machen, Disco, Feiern (Geburtstage, Sylvester, Weihnachten), Tanzcafe, Teestube

Abb. 2: Freizeitaktivitäten

Die Frage, wofür die Teilnehmer/innen ein Persönliches Budget aufwenden würden, beantworteten die Heimbeiräte einer Einrichtung mit einer bunten Collage, auf der Möbel, elektronische Geräte, Putz-
tensilien, Kleidung, Hygieneartikel und Lebensmittel dargestellt waren. Aus einer anderen Einrichtung kamen die Ideen, mit einem Persönlichen Budget Unterstützungen bei den Mahlzeiten, im Notfall, im Krankenhaus, bei Arztbesuchen, beim „Bürokras“, in der Freizeit, bei der Terminplanung, bei Reisen, im Haushalt (Aufräumen, Wäsche), bei der Geldeinteilung, bei Medikamenten und Fortbewegung zu finanzieren. Die Wünsche, mit einem Persönlichen Budget Urlaube zu bezahlen, ein Auto, Pflegeprodukte, Kleidung, Möbel, Nahrungsmittel, Haushaltsbedarf, ein Handy oder eine Camera

zu kaufen, war das Arbeitsgruppenergebnis einer anderen Einrichtung; auch sie hatten eine Collage erstellt.

In Form von bunten Computerausdrucken präsentierte ein Heimbeirat die Unterstützungsbedürfnisse nach umfassender Hilfe bei der allgemeinen täglichen Lebensführung, im sozialen Zusammenleben, bei der Einnahme von Medikamenten, einer Putzhilfe, Hilfe bei der Urlaubsplanung und der Anschaffung neuer Geräte. Aus einer Einrichtung wurden Wünsche bezüglich Einkaufen, Körperpflege, Essenszubereitung, Freizeit, Umgang mit Geld und Begleitung von Urlaubsmaßnahmen und außerhäuslichen Festen angeführt.

Eine Teilnehmerin erwähnte, sie würde sich jemanden suchen, den sie dann selber bezahlen könnte, der zu ihr nach

Hause käme und ihr etwas aus der Zeitung oder ihrem Lieblingsbuch vorläse. Ein Teilnehmer äußerte den Wunsch, sich „jemanden zu buchen“, der mit ihm nach Tunesien in den Urlaub fährt. Von einem Persönlichen Budget erhoffte sich eine Teilnehmerin mit ihrem „Schatz eine eigene Wohnung nehmen“ und Begleitung suchen zu können für die Dinge, die sie „dann nicht alleine können“, z.B.: Briefe schreiben.

Ganz anders war die Reaktion eines weiteren Teilnehmers. Er äußerte sich zufrieden mit seiner Situation. Er legte dar, er würde weiterhin mit seinen Betreuern in Xanten Urlaub machen und Eis essen gehen. Für ihn wäre „alles in Ordnung wie es ist“. Es sollte „sich gar nichts ändern“, weil er sehr zufrieden sei.

Wie die Darstellung zeigt, waren die Ideen der Heimbeiräte/innen zur Nutzung des Persönlichen Budgets recht vielfältig und unterschiedlich. Allerdings wurden viele Wünsche in Bezug auf die Anschaffung materieller Dinge geäußert, die nicht in den Verwendungsbereich eines Persönlichen Budgets fallen. Innerhalb der Arbeitsgruppen wurde anhand dieser Beispiele der Verwendungsbereich des Persönlichen Budgets thematisiert und verdeutlicht, dass der Einsatz des Geldes an die Finanzierung der benötigten Unterstützung gebunden ist und nicht für das Erfüllen materieller Wünsche aufgewendet werden kann.

Es liegt die Vermutung nahe, dass vielen Heimbeiräten/innen der Kerngedanke des Persönlichen Budgets zu Beginn des Seminars (noch) nicht deutlich war und die Seminar vorbereitenden bzw. einführenden Informationen somit keine ausreichende oder verständliche Einführung in das Thema und Grundlage zur Bewältigung des Arbeitsauftrags leisteten. Die Heimbeiräte/innen führten jedoch

auch viele Wünschen an, die mit einem Persönlichen Budget erfüllt werden können, wie zum Beispiel die Unterstützung beim Schreiben (von Briefen) oder durch Vorlesen (aus Zeitungen oder Büchern), die Assistenz im alltäglichen Leben und die Begleitung im Urlaub.

Diese Hinweise verdeutlichen, dass die Teilnehmer/innen mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen und Vorerfahrungen an das Thema des Seminars herangingen. Es wurde aber auch deutlich, welche schwierige Aufgabe den Seminar-Teilnehmer/innen zukommt, wenn sie in ihrer Rolle als Heimbeiräte gleichsam zu Multiplikatoren der Seminarinhalte werden. Zwar gaben die Teilnehmer/innen am Ende des Seminars an zu versuchen, die Inhalte zum Persönlichen Budget an die anderen Heimbeiräte/innen weiterzugeben. Allerdings erweckten die Antworten zu der Frage „Was erzählen Sie zu Hause von der Fortbildung?“ den Anschein, dass dies trotz des Willens nur schwer möglich sei und die Erzählungen zum Rahmenprogramm daher überwiegen könnten.

Das Persönliche Budget als große Herausforderung

Das Thema „Persönliches Budget“ erfordert von den Teilnehmer/innen ein Umdenken und stellt für sie eine große Herausforderung dar. Der seit dem 1.1.2008 bestehende Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget initiiert Veränderungen, die in ihrer Gesamtheit erst erfasst werden können, wenn viele Leistungsberechtigte davon Gebrauch machen und die sich daraus ergebenden notwendigen Umgestaltungen auf struktureller wie auch professioneller Ebene erfolgen. Im Rahmen des durchgeführten

Seminars waren gerade auch im Zusammenhang mit den Fragen „Was ändert sich für mich?“, „Was kommt auf mich zu?“, „Wie kriegt man das auf die Reihe mit dem PB?“ deutliche Verunsicherungen bei einigen Teilnehmern/innen in Bezug auf eine mögliche eigene Zukunft als Budgetnehmer/in auszumachen. Beispielhafte Äußerungen von Teilnehmern/innen im Feedback-Fragebogen verdeutlichen dies: „Ich habe gelernt, dass die Beantragung des persönlichen Budget ohne Beratung schwierig ist.“ „Es ist noch sehr schwierig mit dem persönlichen Budget.“ „Es war ein Einblick ‘persönliches Budget’ und es sind noch viele Fragen offen!“ Hier mussten zum damaligen Zeitpunkt (2006) auch die Referenten etliche Unklarheiten bestehen lassen. Im Hinblick auf das handlungsleitende Prinzip „Zeitliche Kontinuität und Regelmäßigkeit“ ist zu unterstreichen, dass ein solch komplexes Thema in Form eines langfristigen Bildungsangebotes zu bearbeiten ist. So könnte den an dem Thema Interessierten eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und neuen Herausforderungen über einen längeren Zeitraum ermöglicht werden. Die einzelnen Sitzungen könnten aufeinander aufbauen und so kontinuierlichere Lernprozesse in Gang setzen. Die Zeit zwischen den Angeboten böte dann Raum für persönliche Reflexionen. Und die eventuell aufkommenden Fragen könnten in der folgenden Sitzung eingebracht und behandelt werden.

Vorschläge für weiterführende Angebote

Lernprozesse selbstbestimmt zu gestalten und das Seminar betreffende Entscheidungen mitzubestimmen, ist gerade im Zusammenhang mit dem Fortbildungs-

thema „Persönliches Budget“ eine wichtige Maxime. Besondere Möglichkeiten, Kompetenzen und Fertigkeiten für die Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets zu erarbeiten bzw. auszuweiten, bestehen im dem Konzept, Workshop-Angebote zu organisieren, die vor allem auf der Grundlage einer zuvor durchgeführten Bedarfs- bzw. Interessenabfrage der Teilnehmer/innen angeboten und im Verlaufe des Seminars selbstbestimmt ausgewählt und belegt werden. Im Folgenden sind einige Vorschläge dazu skizziert, die über eine allgemeine Einführung in das Thema hinausgehen sollen. Bei diesem Konzept sind einerseits wieder Heimbeiräte – als mögliche Budgetnehmer/innen – angesprochen. Andererseits bezieht es Mitarbeiter/innen aus der Wohneinrichtung als Begleiter ein, die als mögliche und wichtige Assistenten/innen ebenfalls eine besondere Rolle spielen.

Eigene Ideen für die Freizeit entwickeln

Im Rahmen dieses Workshops wird den Teilnehmern/innen die Möglichkeit geboten, sich in Form einer Einzelarbeit, die eine hohe Individualisierung in der Bearbeitung und Darstellung ermöglicht, mit den eigenen Wünschen und Interessen in gestalterischer Form auseinanderzusetzen.

Die Bearbeitung kann im Rahmen eines „Ideenbazars“ erfolgen, in dem unterschiedlichste Anregungen für eine individuelle Freizeitgestaltung angeboten werden. Informationsbroschüren von Sportvereinen, Bildungseinrichtungen, Freizeitgruppen etc. können den Teilnehmer/innen ebenso wie Bilder, Filme, Sportgeräte, Bücher etc. als Anregungen zum Entdecken eigener Wünsche dienen. Aber auch die Möglichkeit einer Phantasiereise, indem die Teilnehmer/innen

einer Geschichte zuhören, die eventuell mit Musik untermalt ist, kann sie dazu anregen, die Geschichte mit eigenen Bildern zu gestalten (vgl. Arnold / Krämer-Stürzl / Siebert 2005, 107) und eigene Wünsche aufzudecken. Mit Hilfe unterschiedlichster Bastelmaterialien, Stifte und Papier können sie ihre Entdeckungen festhalten.

Die Aufgabe der Assistenten/innen besteht in diesem Workshop darin, die Teilnehmer/innen im Entdecken eigener Ziele und Vorstellungen zu unterstützen, aber auch darin – soweit erforderlich –, für sie zu schreiben, auszuschneiden oder Gewünschtes aufzumalen. Sie erhalten zudem die Gelegenheit, die Menschen, die sie unter Umständen schon lange kennen, von einer neuen Seite (besser) kennen zu lernen. In der gemeinsamen Arbeit könnte zugleich überlegt werden, ob und wie das Gewünschte im Alltag umgesetzt werden kann.

In einigen Fällen ist es sicher hilfreich, erst mit dem/r Assistenten/in die aktuelle Situation in der Freizeit zu reflektieren und darauf aufbauend Ideen für eine Neugestaltung zu entwickeln. Auch dafür ist Raum in diesem Workshop.

Die entdeckten eigenen Interessen und Wünsche in Bezug auf die Freizeitgestaltung lösen bei den Teilnehmern/innen evtl. Veränderungswünsche aus, die möglicherweise durch die Nutzung eines persönlichen Budgets realisierbar sind. Die Erarbeitung eines individuellen Nutzens sowie die Verknüpfung des Themas mit positiven Erfahrungen und eigenen Wünschen können die Teilnehmer/innen motivieren, sich weitergehend mit dem persönlichen Budget auseinanderzusetzen.

Rollenspiel „Vereinbarungen treffen“

Im Zentrum dieses Workshops geht es darum, das Treffen von Unterstützungs-

vereinbarungen zu erproben. Die Situationen, Vereinbarungen zu treffen, könnten durch eine/n Referenten/in mit einem/r Partner/in beispielhaft vorgespielt und von Teilnehmern/innen und Assistenten/innen nachgespielt und nach eigenen Wünschen verändert und ausgestaltet werden.

Die Teilnehmer/innen könnten gegenüber den Assistenten/innen äußern, welche Unterstützung sie sich bei welcher Aktivität wünschen und wie, wo und wann diese ausgeführt werden soll. Nach dem Äußern der Wünsche könnten beide Partner miteinander in Verhandlungen treten und fiktive Abmachungen treffen. Konkretisierungsmöglichkeiten können sich aus einer intensiven Beschäftigung mit eigenen Ideen zur Freizeit ergeben. Zusätzlich können Zettel mit möglichen Unterstützungswünschen ausgelegt werden, die auch Kurzinformationen über die Unterstützungsperson, Zeit, Dauer und Ort enthalten. Von diesen könnten die Teilnehmer/innen einen Zettel auswählen und den aufgeführten Wunsch gegenüber einem/r Assistenten/in vertreten.

Ein Tausch der Rollen könnte das Erfahren einer veränderten Perspektive und somit ein Verständnis für die Situation des Anderen bewirken.

Um Ausprobierendes nachhaltig zu sichern, wäre es sinnvoll, die Inhalte im Alltag praktisch umzusetzen und zu erfahren. Das gemeinsame Erfahren vom Treffen einer Vereinbarung könnte in der konkreten Lebenswelt, im Alltag der Teilnehmer/innen im Anschluss an das Seminar umgesetzt werden. Dies könnte einen Transfer des Gelernten in praktisches Handeln unterstützen und eventuell zu einer nachhaltigen Sicherung des Erarbeiteten beitragen.

Einen Assistenzvertrag bearbeiten

Das Äußern von Wünschen und das Treffen eines Unterstützungsarrangements kann auch durch das Ausfüllen und Bearbeiten eines Assistenzvertrages erprobt werden. Die zuvor dargestellte Möglichkeit eines Rollenspiels zum Thema „Verbindungen treffen“ könnte dafür eine Vorbereitung sein. Ein entsprechender Entwurf eines Assistenzvertrages könnte in Partnerarbeit von einem/r Teilnehmer/in und einem/r Assistent/in bearbeitet werden.

Den Teilnehmern/innen könnte auch im Rahmen der Fortbildung die Möglichkeit geboten werden, weniger zeitintensive Aktivitäten, bei denen sie sich Begleitung wünschen (z.B. in ein Café oder spazieren gehen), direkt in die Tat umzusetzen, indem die vereinbarte Dienstleistung unmittelbar nach der Aushandlung eingefordert wird. Den Teilnehmern/innen wird so die Möglichkeit eröffnet, die Auswirkungen zu erfahren, die eine vertraglich festgehaltene und nach ihren Wünschen gestaltete Dienstleistung mit sich bringt.

An dem Rollenspiel beteiligte Assistenten/innen könnten sich bei diesem Workshop in der Rolle eines Anbieters von Dienstleistungen erproben, der mit dem/der Vertragspartner/in in Verhandlung tritt.

Gastvorträge

Bezugnehmend auf die Leitidee des Empowerments, der Selbstbefähigung und der Beratung gleichermaßen Betroffener wäre das Einladen eines/r Budgetnehmers/in – z.B. aus einem der Modellprojekte – als Gastreferenten/in sinnvoll. Diese/r könnte von seinen/ihrer Erfahrungen mit dem Persönlichen Budget berichten, Positives herausstellen, aber auch Schwierigkeiten darstellen.

Die Teilnehmer/innen könnten hier die Möglichkeit erhalten, gezielt Fragen zu stellen und sich mit dem/r Experten/in als Budgetnehmer/in in der Form auszutauschen, in der es mit einem Menschen, der selber kein „Persönliches Budget“ nutzt, wahrscheinlich nicht möglich wäre. Auch für Assistenten/innen könnte ein solcher Austausch in Form eines Peer-Counseling informativ und interessant sein.

Austausch der Assistenten/innen

In diesem Workshop erhalten die Assistenten/innen einen separaten zeitlichen und örtlichen Raum, um sich untereinander auszutauschen. Ein/e Referent/in sollte den Workshop begleiten, um auf bestehende Wissensbedürfnisse einzugehen, die bereits bei der Bedarfserhebung dargelegt und möglicherweise im Verlauf der Fortbildung erweitert wurden.

Dienstleistungsmarkt

In diesem Workshop geht es darum einen Dienstleistungsmarkt mit unterschiedlichen Anbietern/innen von Dienstleistungen und Kunden/innen zu simulieren. Die Assistenten/innen werden hier durch den/die Referenten/in aufgefordert, eigene Stärken und Vorlieben in Bezug auf die eigene Arbeit zu reflektieren und darauf aufbauend zu überlegen, welche Dienstleistung sie den Teilnehmern/innen des Seminars anbieten könnten.

Im Rahmen einer Plenumsituation erhalten die Assistenten/innen dann die Möglichkeit, den Teilnehmern/innen ihre Dienstleistungen anzubieten. Auf die Teilnehmer/innen käme hier die Aufgabe zu, sich auf dem Markt der angebotenen Dienstleistungen zu orientieren, indem sie bei den Assistenten/innen Informationen einholen, die Angebote der Assistenten/innen miteinander vergleichen und sich für eine Dienstleistung entscheiden.

Teilnehmer/innen und Assistenten/innen könnten dann in Bezug auf die Gestaltung der Unterstützungsleistung miteinander in Verhandlungen treten.

Den Teilnehmern/innen kann in dem Workshop die Gelegenheit eröffnet werden, sich als auf dem Dienstleistungsmarkt orientierende und auswählende Kunden/innen zu erfahren. Die Assistenten/innen könnten einen Eindruck von der Arbeit als Anbieter/in von Unterstützungsleistungen bekommen und möglicherweise auftretende Konkurrenzsituationen zwischen den unterschiedlichen Anbietern von Dienstleistungen erfahren.

„Bildungspartnerschaften“ für Heimbeiräte

Das Konzept einer Erwachsenenbildungsveranstaltung, das in Form von Workshops in das Thema einführt, ermöglicht den Teilnehmer/innen Selbstbestimmung im Bezug auf ihre eigene Auseinandersetzung mit dem Persönlichen Budget. Selbstbestimmung im Rahmen von Bildungsangeboten bietet die Chance, Lernprozesse bei den Teilnehmern/innen in Gang zu setzen und das eigene Leben zunehmend selbstbestimmt zu gestalten. Dies ist gleichzeitig auch eine grundlegende Kompetenz und Herausforderung für die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets.

Der Einbezug von für die Teilnehmer/innen relevanten Bezugspersonen kann im Rahmen einer solchen Fortbildung gemeinsame Erfahrungen zum Thema ermöglichen und eine weiterführende Auseinandersetzung mit dem Persönlichen Budget im Alltag einleiten bzw. erleichtern. Durch diese „Bildungspartnerschaft“ kann das Thema Persönliches Budget auch in traditionellen stationären

Wohneinrichtungen eine neue Ausrichtung erfahren. Heimbeiräten, die häufig durch Vertrauenspersonen in ihrer Gremienarbeit unterstützt werden, gelingt auf diesem Wege eher eine Konkretisierung ihrer vielfältigen Aufgaben, wenn sich die Vertrauenspersonen auch bei dieser Thematik engagieren.

Literatur

- ARNOLD, R. / KRÄMER-STÜRZL, A. / SIEBERT, H. (2005): Dozentenleitfaden. Planung und Unterrichtsvorbereitung in Fortbildung und Erwachsenenbildung. Berlin
- DIECKMANN, V. (2007): Gemeinsames Lernen für das Persönliche Budget. Unveröff. Diplomarbeit an der Universität zu Köln, Köln
- WACKER, E. / WANSING, G. / SCHÄFERS, M. (2005): Personenbezogene Unterstützung und Lebensqualität. Teilhabe mit einem Persönlichen Budget. Wiesbaden

*Viktoria Dieckmann, Köln
Diplom-Heilpädagogin
eMail: vdieckmann@hotmail.com*

Social Management

Begriffsklärung und Bedeutung in der Behindertenhilfe¹

Der Beitrag stellt wesentliche Merkmale des Social Managements vor, indem er auf Zusammenhänge im sogenannten Non-Profit-Bereich allgemein, in der Behindertenhilfe im Besonderen und speziell in „Lernenden Organisationen“ hinweist. Dabei bezieht er auch die Bedeutung für das Persönliche Budget ein. Er zeigt ferner Konsequenzen für die Erwachsenenbildung auf.

Social Management angesichts des Wandels im Non-Profit-Bereich

Social Management ist mehr als die Frage nach finanziellen Ressourcen. Diese spielen zwar eine zentrale Rolle – das Thema gewinnt u. a. angesichts leerer Kassen in der Sozialversicherung an Bedeutung –, es geht zugleich aber darüber hinaus. Einem durch Ökonomie geleiteten und kostenzentrierten Denken stehen Qualität und ethische Verantwortlichkeit gegenüber. Die Forderung nach Selbstbestimmung und aktiver Beteiligung an Entscheidungsprozessen stellt einen weiteren Aspekt in der Diskussion um Social Management in der Behindertenhilfe dar. Aktuell und in die Zukunft gerichtet erfährt hier das Persönliche Budget eine besondere Bedeutung. Schließlich soll hierdurch eine konsequente Teilhabe am Leben mit einem größtmöglichen Maß an Selbstbestimmung verknüpft werden. Das Konzept des ‚Social Management‘ erscheint auf den ersten Blick fernab von Erwachsenenbildung bzw. Bildungsprozessen und wird im Kontext von Organi-

sationen bzw. organisationstheoretischen Zusammenhängen diskutiert. Einrichtungen der Behindertenhilfe wie Wohnheime oder Werkstätten für behinderte Menschen sind Non-Profit-Organisationen. Während in gewerblichen gewinnorientierten privatwirtschaftlichen Unternehmen die Erwirtschaftung eines Profits handlungsleitend ist, werden im Non-Profit-Bereich des Sozial-, Erziehungs-, Gesundheits- und Bildungswesens menschliche Hilfeleistungen als soziale Dienstleistungen und damit keine materiellen Güter erbracht (vgl. Niehaus / Bernhard, im Druck; Decker 2000; Karsten 2000).

Der Non-Profit-Bereich unterliegt seit den 1990er-Jahren einem Wandel und großen Veränderungen in seinen Strukturen. Dieser Wandel wird durch den Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget forciert. Wandel erfolgt auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Zur Darstellung wird sich im Folgenden des Mehrebenenmodells ökologischer Systeme von Bronfenbrenner (1981) bedient und zwischen Mikro-, Meso- und Makrosystem unterschieden. Veränderungen innerhalb eines Systems bedingen Veränderungen der übrigen Systeme, so dass die Beziehungen innerhalb der Systeme ebenso wie über die Systemgrenzen hinweg zu berücksichtigen sind.

Auf der Makroebene sind es veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die u. a. durch das Zusammenwachsen von Europa, aber auch den demografischen Wandel bestimmt sind und Fragen der Sicherstellung von Sozialversicherungsleistungen aufwerfen. Hinzu kom-

Dörte
Bernhard



men Veränderungen in der zeitlichen Gestaltung von Lebens- und Arbeitswelt, die unsere gesellschaftliche Realität prägen (vgl. Karsten 2005). Als Stichworte dieser Entwicklung seien Teilzeitarbeit, Honorarverträge und befristete Stellen genannt, die in den Einrichtungen der Behindertenhilfe stark verbreitet sind. Auf der Mesoebene sind neben den skizzierten strukturellen Rahmenbedingungen auch neue Leitbilder pädagogischen Handelns wie Selbstbestimmung und Empowerment zu nennen, die die Interessen der Betroffenen und die Achtung der Menschenwürde in den Mittelpunkt stellen und veränderte Strukturen erfordern (vgl. Windisch / Kniel 2005). Letztlich sind auf der Mikroebene in den Einrichtungen sowohl die pädagogisch Tätigen als auch die Nutzerinnen und Nutzer von dem Wandel betroffen (vgl. Pfeil u.a. 2005). Trotz der Veränderungen in den Einrichtungen der Behindertenhilfe gibt es als Konstante und zentrales Kennzeichen den normativen Bezugspunkt, den Schulz-Nieswandt (2007, 7) „einer sozialen Wohlfahrtsfunktion, die ihren Grund in der Sorge im sozialen Mitsein findet“, zuschreibt. Nicht zuletzt können Bildungsangebote bei der Anpassung an veränderte Bedingungen unterstützend wirken.

Begriffsklärung von Social Management

„Social Management“ wird von Teilnehmenden der Fachtagung „(Nicht) nur Geld regiert die Welt“ folgendermaßen assoziiert: Menschen, Hilfe, Geld, Gerechtigkeit, mit dem Leben zurecht kommen, Wünsche der Betroffenen, gegenseitiger Respekt, Information und Beratung, Vernetzung und Gleichberechtigung.

Eine Begriffsklärung von ‚Social Management‘ geht von den Wortbestandteilen ‚Social‘ und ‚Management‘ aus. Der ‚Management‘-Begriff ist betriebswirtschaftlicher Natur, der Diskussionen im Alltag ebenso wie in der Wissenschaft prägt und der inflationär genutzt wird. Seit den 1990er-Jahren hat der ‚Management‘-Begriff auch Einzug in sozial- und rehabilitationspädagogische Zusammenhänge genommen: Konzepte der Sozialen Arbeit wie z. B. das Case Management beschreiben die individuelle Fallarbeit bei Krankheit und Behinderung. Disability- bzw. Eingliederungsmanagement entspringt dem Sozialrecht und zielt auf die Unterstützung der betrieblichen Teilhabe bei Unfällen und / oder längeren Ausfallzeiten am Arbeitsplatz (vgl. SGB IX § 84.2). Im Gegensatz zum personenbezogenen Fallmanagement setzt das Disability Management darüber hinaus auf organisatorischer Ebene an.

Managementprozesse kennzeichnen Lebens- und Arbeitssituationen, sie beziehen sich auf Abläufe in Organisationen und bestehen aus folgenden Elementen: Ist- und Problemanalyse, Festlegung von Zielen, Einleiten und Durchführen von Maßnahmen sowie Überprüfung und Reflexion hinsichtlich ihres Erfolgs und ihrer Effektivität. Das aufeinander abgestimmte Handeln in Organisationen bedarf dieser Struktur und wird auf diese Weise erst möglich bzw. plan- und auch kontrollierbar (vgl. Karsten 2000).

„Social“ als Wortbestandteil unterstreicht die menschliche Komponente und damit ethische Aspekte und verweist auf die Verortung im Non-Profit-Bereich.

„Social Management“ dient also mit strukturierten Abläufen der Wirtschaftlichkeit von Organisationen, ist aber auch in Diskussionen um die Qualität der Aufgabenausübung, die Finanzierung und

Fragen der Personalpolitik eingebettet. Letztlich soll das Handeln aller Beteiligten in einer Organisation in professionellere Strukturen überführt und optimiert werden. Karsten (2000, 673) nennt es „ein Entwicklungsprogramm der Rekonstruktion und Produktion personenbezogener Dienstleistungen“, denn letztlich ist ihre Qualität und damit ihr Bestehen am Markt von verschiedenen Faktoren abhängig – u. a. von den Handlungsmöglichkeiten des pädagogischen Personals und Strukturen des Informationsflusses.

Sucht man nach dem Begriff ‚Social Management‘ in pädagogischen Zusammenhängen, dann ist auf Handbücher und Lexika der Sozialpädagogik / Sozialarbeit zurückzugreifen. Letztlich handelt sich um ein interdisziplinär verankertes Konzept, das Bezüge zur Wirtschafts- und Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Politik, Rechtswissenschaft, Sozial- und auch Erziehungswissenschaft zulässt (vgl. Karsten 2005).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich ‚Social Management‘ auf den Non-Profit-Bereich bezieht, d. h. sich auf die Organisation und Gestaltung von Abläufen richtet, die dem Wohl und der Unterstützung hilfebedürftiger Menschen dient. Achtung und Respekt sowie ein positives Menschenbild – ausgehend von den individuellen Ressourcen (Empowerment) – bilden hierfür die Grundlage. Social Management spiegelt sich in der Praxis überwiegend auf der Mikro- und Mesoebene wieder.

Social Management in der Behindertenhilfe

Organisationsveränderungen, Professionalisierungsprozesse des pädagogischen Personals ebenso wie der Gremien, der

Wunsch nach Beteiligung und Mitwirkung sowie Fragen der Qualität von Leistungen und Angeboten bestimmen den Alltag in der Behindertenhilfe. Nicht zuletzt erfahren die genannten Aspekte durch das Persönliche Budget eine besondere Bedeutung. Optimierung und Effizienz sollen dabei handlungsleitend sein. Die Gestaltung dieser organisationsbezogenen Abläufe steht im Mittelpunkt von Social Management und wird im Folgenden anhand ausgewählter Facetten auf der Meso- und Mikroebene skizziert.

Organisationsentwicklung und „Lernende Organisation“

Der Umgang mit Umstrukturierungen und Veränderungsprozessen gehört zum Alltag in Einrichtungen der Behindertenhilfe. Ziel sollte dabei immer sein, Prozesse aufeinander zu beziehen, Ansätze der Gestaltung und Beteiligung umzusetzen und dabei soziale Gerechtigkeit und professionelle Verantwortlichkeit zu wahren (vgl. Karsten 2005).

Die Einrichtungen der Behindertenhilfe unterliegen bestimmten Systemeigenschaften, die sie zugleich in ihrer Struktur kennzeichnen. Da es sich hierbei um Organisationen handelt, sind Offenheit, Dynamik, Komplexität und Pluralität grundlegende Merkmale (vgl. Decker 2000, 20ff). Wohneinrichtungen und Werkstätten sind durch eine Vielzahl von Wechselbeziehungen zu anderen Systemen wie Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gekennzeichnet, die sie in ihren Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten prägen. Es handelt sich dabei um Einflüsse auf der Makroebene. Häufig im ausgehenden 20. Jahrhundert als Anstalt und Komplexeinrichtung entstanden, verändern sich die Einrichtungen im Verlauf der Zeit: Sie entwickeln sich zu markt- und betriebswirtschaft-

lich orientierten Betrieben, in denen der Sozialauftrag um ökonomische Anliegen ergänzt wird. Sie haben pädagogische Zieldimensionen wie Selbstbestimmung und Empowerment durch Assistenz im Alltag zu realisieren. Hierbei stehen Mensch-Mensch-Beziehungen im Mittelpunkt. Berücksichtigt man dabei die Führungsebene, das pädagogische Personal, das Reinigungspersonal, Fahrdienste und nicht zuletzt die Nutzerinnen und Nutzer und ihre Angehörigen, handelt es sich um ein komplexes Geflecht. Sie alle gestalten Social Management Prozesse. Die Vielfalt der Beziehungen und geltenden Einflüsse lässt sich mit dem Stichwort ‚Pluralität‘ fassen und verweist auf das Erfordernis, zwischen mehreren Kontexten und Tätigkeitsfeldern zu vermitteln. Zu nennen sind beispielsweise die Disziplinen Medizin, Pädagogik und Wirtschaft, der religiös-soziale Auftrag der Einrichtungen, der ökonomischen Notwendigkeiten entgegensteht, das Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich wiederum unterschiedlichen Berufsgruppen zuordnen lassen (vgl. Decker 2000). Organisationstheoretische Reflexionen unterscheiden zentral gelenkte hierarchische Organisationen mit Top-Down-Führung und flexiblere Netzwerkstrukturen (vgl. Decker 2000). Ihre Kenntnis bildet die Grundlage für Veränderungsprozesse und zwar dahingehend, dass sich die Organisationsentwicklung von Einrichtungen vor dem Hintergrund vorhandener Strukturen vollzieht. Diese sind bei großen Organisationen („komplexen Einrichtungen“) u.a. starre Hierarchien, hohe Verwaltungskosten, Behäbigkeit und geringe Reaktionsmöglichkeiten. Im Rahmen von De-Institutionalisierungsprozessen wie der Einrichtung von Außenwohngruppen und der Realisierung neuer Betreuungsformen wird

Organisationslernen als Voraussetzung zur Gestaltung von Veränderungen erforderlich. Die Rahmenbedingungen der Organisation bilden hierfür die Grundlage; ebenso sollen dabei Beteiligung und professionelle Verantwortlichkeit handlungsleitend sein. In der Realität erfolgt die Umsetzung und Implementierung neuer Strukturen noch allzu oft ohne die Einbeziehung und Berücksichtigung der Nutzerinnen und Nutzer.

Professionalisierung des pädagogischen Personals

Die Leitidee von Empowerment und Selbstbestimmung, die mit dem SGB IX Eingang in das Rehabilitationsrecht gefunden hat und Fürsorge als Kennzeichen einer traditionellen Behindertenarbeit eine Absage erteilt, erfordert einen veränderten Umgang mit hilfebedürftigen Menschen in den Einrichtungen. Nach Karsten (2005, 1758) ist „im Socialmanagement die Qualifizierung des Personals durch Fort- oder Weiterbildung zentral zu setzen“. Mit Schulz-Nieswandt (2007) ist ferner zu betonen, dass es eines Personals bedarf, das fachliche Voraussetzungen mit verhaltensbezogenen und qualitätsrelevanten Einstellungen vereint. Der Erwerb von Qualifikationen und die Weiterentwicklung professionellen Handelns verbergen sich hinter dem Begriff der Professionalisierung.

Tendenzen der Professionalisierung zeigen sich z. B. bei der Entwicklung der Ausbildung des pädagogischen Personals: Im Berufsbereich sozialer und rehabilitationspädagogischer Arbeit vollziehen sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gravierende Professionsentwicklungen, die gegenwärtig erneut Veränderungen in der Ausbildung pädagogischen Personals unterliegen. Zu denken ist u. a. an die Einführung von Bachelor- und Master-

Studiengängen. Das Fach bzw. das Studienangebot „Sozialmanagement“ kann hier als Modernisierungsstrategie von Fachhochschulstudiengängen verstanden werden. Hier sind aber auch Qualifizierungsangebote verschiedenster Bildungsträger zu nennen.

Dieser Aspekt des Social Managements kann aktiv gestaltet werden, wenn Menschen mit Behinderungen in der Ausbildung eine aktive Rolle einnehmen und damit ihre Bedürfnisse und Interessen unmittelbar gehört werden können. „Bildung in Arbeit und Freizeit“, als konzeptionell überarbeitete und bewährte Fortbildungsreihe der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e. V., Deutschland (GEB) greift diesen Gedanken auf und beteiligt Menschen mit und ohne Behinderungen aktiv an der Konzeption und Durchführung des Weiterbildungsangebots. Barrieren einer Umsetzung von Professionalisierung können u. a. darin gesehen werden, wenn Professionelle eine Mentalität i. S. „wir wissen, was gut ist“ aufrechterhalten und neue Leitbilder nur unzureichend in den Alltag implementieren. Dabei ist auch zu bedenken, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im höheren Lebensalter in den Einrichtungen der Behindertenhilfe änderungsresistent sein können. Ferner bestehen Zusammenhänge zwischen ihrer Zufriedenheit und dem Grad der Beteiligung an Veränderungsprozessen. Eine mangelnde Beteiligung und ein Zurückhalten von Informationen als Defizite in der Personalführung können Rückzug und Desinteresse zur Folge haben (Schulz-Nieswandt 2007).

Beteiligung und Mitwirkung in Gremien
Einrichtungen der Behindertenhilfe sind als Non-Profit-Organisationen in ihrem Handeln von der Sorge und dem Inter-

esse am Wohlergehen des Anderen geleitet. Ein gelingendes Dasein wird dabei zu einer dringlichen Entwicklungsaufgabe, die von Schulz-Nieswandt (2007, 8) als ein „Balanceakt zwischen individuellem Selbst-Sein, sozialem Mit-Sein und kollektivem Wir-Sein“ beschrieben wird. Der Autor verweist damit auf die Berücksichtigung der Angehörigen und der sozialen Netzwerke der Nutzerinnen und Nutzer. Die Anerkennung ihrer Bedürfnisse und Interessen steckt im Begriff der ‚Stakeholderorientierung‘, der darauf abzielt, alle betroffenen Personen einzu beziehen und zu Beteiligten zu machen. In der Einschätzung und Bewertung von Maßnahmen bzw. Dienstleistungen ist der Begriff insbesondere in der Evaluationsforschung gebräuchlich.

Die Nutzerinnen und Nutzer von Angeboten und sozialen Dienstleistungen bringen ihre Interessen im Rahmen von Selbsthilfe und Selbstvertretung zur Geltung. Was für das pädagogische Personal die Mitarbeitervertretung bzw. der Personal- oder Betriebsrat ist, ist für Menschen mit Behinderungen der Heimbeirat oder der Werkstatttrat, der als Interessenvertretung und Sprachrohr fungiert (vgl. Schlummer / Schütte 2006). In diesem Sinne sind die Gremien auch gefordert, wenn es um Beratung und Information zum Persönlichen Budget geht. Bildungsbeauftragte, wie sie z. B. im Diakonischen Bildungswerk Johannes Falk in Thüringen installiert wurden, tragen ebenso zur Adressatennähe bei. Diese kann jedoch nur realisiert werden, wenn Interessen berücksichtigt und entsprechende Unterstützungsstrukturen zur Verfügung gestellt werden (Bernhard 2000).

Barrieren können u. a. darin bestehen, dass keine ausreichenden Ressourcen der Unterstützung und Begleitung gegeben sind. Ferner kann sich die Unkenntnis

der eigenen Rechte auch hinderlich auswirken. So ist auch anzunehmen, dass aufgrund komplizierter Verwaltungsstrukturen und Antragsmodalitäten nur ein kleiner Teil der betroffenen Menschen von neuen Leistungsangeboten profitieren wird. Chancen bestehen darin, von einander zu lernen und Best Practice – wie z. B. mit den Bildungsbeauftragten gegeben – auch gesetzlich zu implementieren.

Gender Mainstreaming und Managing Diversity

Social Management hat angesichts des Anspruchs der Beteiligung aller Betroffenen die personenbezogenen Merkmale wie Geschlecht und kulturellen Hintergrund einzubeziehen und damit der Heterogenität der Menschen zu entsprechen. In der Personalpolitik wird hierfür der Begriff Diversity Management gebraucht. In der Behindertenhilfe sind demnach nicht nur die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer, sondern ebenso die des pädagogischen Personals, aber auch die Interessen der Führungsebene zu berücksichtigen. Die Vielfalt der Menschen im Non-Profit-Bereich ist als Chance und zugleich als Herausforderung zu sehen. Die daraus resultierenden unterschiedlichen Perspektiven müssen zur Kenntnis genommen und bei Veränderungen genutzt werden.

Während in den Anfängen der Einrichtungen homogene Gruppen dominierten, wurde im Zuge von Normalisierungsbestrebungen zunehmend eine heterogene Wohn- und Lebensalltagsgestaltung praktiziert. Personenbezogene Dienstleistungen werden überwiegend von Frauen erbracht, den Bewohnerinnen und Bewohnern und auch den Menschen in Förderstätten ist jedoch eine gleichgeschlechtliche Pflegekonstellation zu

ermöglichen. Im Rahmen von Veränderungsprozessen liegt die Chance, die in der Sozialpolitik propagierte Idee des Gender Mainstreaming umzusetzen und geschlechtsspezifische Besonderheiten gezielt zu berücksichtigen. Es besteht aber auch die Gefahr, dass in der Praxis aufgrund von Personalengpässen und Sparzwängen der Gender-Anspruch vernachlässigt wird.

Qualität, Qualitätsentwicklung und -sicherung

Social Management ist eng mit Qualität, Qualitätsentwicklung und -sicherung verbunden, was sich letztlich auch auf die Wettbewerbsfähigkeit einer Einrichtung auswirkt und in Zertifizierungen und Benchmarking Transparenz erhält. Es gibt eine Vielzahl von Instrumenten, denen beim Management sozialer Dienstleistungen eine wichtige Funktion zugeschrieben wird und die Kosten und Qualität steuern sollen (z. B. DIN EN ISO). Barrieren können z. B. darin bestehen, dass Instrumente nicht den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen entsprechen und diese deshalb nicht an Bewertungs- und Evaluationsprozessen beteiligt werden können.

Auffällig an der fachlichen Diskussion ist, dass Qualitätssicherung überwiegend als Aufgabe der Dienstleister, d. h. der Einrichtungen (Wohnheime, Bildungswerke, Werkstätten für behinderte Menschen) diskutiert wird und weniger als eine Aufgabe der Kosten- und Leistungsträger. Die Kriterien von Qualitätssicherungsprozessen sollten aber von jenen Personen definiert werden, die die Leistung bezahlen, und nicht in der Definitionsmacht von Experten stehen (vgl. Hartmann 2001). Die Qualitätsdiskussion ist mit den Betroffenen zu führen und sie sind aktiv in den Bewertungsprozess ein-

zubeziehen. Partizipative Forschungsansätze, wie sie im Rahmen der Disability Studies diskutiert und praktiziert werden, können maßgeblich zur Optimierung von Qualitätssicherungsverfahren beitragen (vgl. Flieger 2003). Der Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget führt dazu, das Verhältnis von Kostenträger (Leistungsträger), Dienstleister (Leistungserbringer) und Nutzerinnen und Nutzern (Leistungsempfänger) neu auszutarieren.

Die ausgewählten Beispiele sollen zeigen, dass Social Management in der Behindertenhilfe ganz unterschiedliche Themen-, Handlungs- und Aufgabenfelder umfasst. Ein ausschließliches Verständnis von Kostenkalkulation und Finanzplanung wäre verkürzt und würde dem Konzept nur i. S. einer Facette entsprechen.

Bei der Darstellung handelt es sich jeweils um Situationen, die Beteiligung und damit die Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer betonen. Allein dieser Anspruch – durch das Persönliche Budget deutlich im Aufwind – unterstreicht die besonderen Herausforderungen des Social Managements.

Erwachsenenbildung unterstützt Social Management

Um sich aktiv in die Gestaltung von Social Management Prozessen in der Behindertenhilfe einbringen zu können, müssen die Rechte und Pflichten und damit die Rahmenbedingungen für das Handeln in der Organisation bekannt sein. Folgende Ansatzpunkte können in der Praxis gewählt werden:

- Das Handeln in Einrichtungen beruht auf bestimmten Regeln und Grund-

sätzen, die im Unternehmensleitbild zusammengeführt sein können.

- Die Organisationsform der Einrichtung wird anhand von Organigrammen deutlich. Sie geben Auskunft über den Aufbau, über Abteilungen und persönliche Verantwortlichkeiten.
- Das pädagogische Handeln in der Organisation kann hinsichtlich Schwierigkeiten, persönlicher Ziele und möglicher Handlungsstrategien reflektiert werden (Supervision).
- Die Kenntnis von Leistungspotenzialen bildet die Grundlage, Möglichkeiten der Einbindung in Organisationsprozesse realistisch einzuschätzen.
- Methodisch-didaktisches Know-how kann den Alltag strukturieren und damit Lernprozesse anregen.
- Kommunikations- und Beratungskompetenz kann die Organisationskultur bereichern und zur Lösung von Konflikten beitragen.
- Eine wissenschaftliche Begleitung kann durch die gemeinsame Analyse, Planung und Umsetzung von Veränderungsprozessen unterstützend wirken.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass Social Management sowohl individuelle Bildungsprozesse als auch Organisationslernen und damit die Beteiligung aller erforderlich macht. Für pädagogisch Tätige, für Führungs- und Leitungskräfte und für Menschen mit Behinderungen können Veranstaltungen der Erwachsenenbildung zum Kenntniserwerb beitragen und die Entwicklung von Kompetenzen anregen. Organisierte und begleitende Bildungsangebote ebenso wie informelles Lernen bilden die Voraussetzung für die Bewältigung des Wandels.

Literatur

- BERNHARD, D. (2000): Selbstbestimmung und Mitbestimmung von Erwachsenen mit „geistiger Behinderung“ unter besonderer Berücksichtigung ihrer Mitwirkung in Gremien der Behindertenhilfe. [Unveröffentlichte Diplomarbeit]
- BRONFENBRENNER, U. (1981): Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Natürliche und geplante Experimente. Stuttgart
- DECKER, F. (2000): Unternehmensführung und Organisationsgestaltung im Sozialbetrieb. Starnberg
- FLIEGER, P. (2003). Partizipative Forschungsmethoden und ihre konkrete Umsetzung. Online im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/library/flieger-partizipativ.html> [13.02.08]
- HARTMANN, H. (2001): Wettbewerb, Qualitätssicherung und Nutzerorientierung als neue Herausforderung für die Behindertenhilfe. In: BeB u.a. (Hrsg.): Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe. Freiburg / Br., 87-95
- KARSTEN, M.-E. (2000): Sozialmanagement. In: STIMMER, F. (Hrsg.): Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit (4. überarb. Aufl.). München / Wien, 670-673
- KARSTEN, M.-E. (2005): Das Entwicklungs- und Forschungsfeld. In: OTTO, H.U. / THIERSCH, H. (Hrsg.): Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit (3. Aufl.). München / Basel, 1757-1762
- NIEHAUS, M. / BERNHARD, D. (im Druck): Dienstleistungen für eine möglichst selbst bestimmte Lebensführung: Ausbildung und Beschäftigung. In: BECK, I. / FEUSER, G. / JANTZEN, W. / WACHTEL, P. (Hrsg.): Behindert, Bildung, Partizipation – Enzyklopädisches Handbuch der Behindertenpädagogik (Bd. 6)
- PFEIL, B. / LENGEL, B. / SORG, H. / TÖDTER, R. / WOCHNER-LUIKH, C. (Hrsg.) (2005): Ich diene mir selbst. Selbstbestimmung und Teilhabe. Moderne Konzepte der Behinderten- und Altenhilfe in der Stiftung Haus Lindenhof. Freiburg / Br.
- SCHLUMMER, W. / SCHÜTTE, U. (2006). Mitwirkung von Menschen mit geistiger Behinderung. Schule, Arbeit, Wohnen. München
- SCHULZ-NIESWANDT, F. (2007): Behindertenhilfe im Wandel. Zwischen Europarecht, neuer Steuerung und Empowerment. Wien
- WINDISCH, M. / KNIEL, A. (2005): People First. Selbsthilfegruppen von und für Menschen mit geistiger Behinderung. München
- Weitere Informationen unter: <http://www.diversitywissen.de/>

¹ Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den die Autorin im Rahmen des Fachpädagogentreffens der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V. zum Thema „(Nicht) nur Geld regiert die Welt“ – Sozialmanagement und Mitbestimmung in der Erwachsenenbildung“ am 26. Oktober 2007 in Rothenburg ob der Tauber gehalten hat.

Dörte Bernhard

Dipl.-Rehabilitationspädagogin und Fachpädagogin für Erwachsenenbildung, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln und Vizepräsidentin der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V.

eMail: dorte.bernhard@uni-koeln.de

„Nicht nur Geld regiert die Welt!“

Inklusive Fachtagung der GEB in Rothenburg

Einen großen Bogen zwischen den Themen „Sozialmanagement“ und „Mitbestimmung“ spannte die 9. Fachtagung der GEB für FachpädagogInnen und andere Interessierte. TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland trafen sich in der Evangelischen Tagungsstätte „Wildbad“ in Rothenburg ob der Tauber im Herbst 2007. „(NICHT) nur Geld regiert die Welt“ – unter diesem Titel stand das Fachtreffen, und es zeigte sich in den Vorträgen, Workshops und lebendigen Diskussionen, wie dies in der Praxis aussieht.

Heike Bücheler und Lars Elster vom Fortbildungsausschuss der GEB und die OrganisatorInnen der Fachtagung begrüßten die TeilnehmerInnen am Donnerstagabend im Rokokosaal der Tagungsstätte und gaben einen Überblick über die dreitägige Veranstaltung. Vor allem Menschen mit Behinderung in ihrer Funktion als Heimbeirat, Werkstattträt oder Freizeitträt sowie ExpertInnen aus dem Bildungs- und Freizeitbereich von Einrichtungen hatten sich zur Tagung 2007 angemeldet.

Dörte Bernhard von der Universität zu Köln erläuterte in ihrem Vortrag am Freitagvormittag den Begriff „Social Management“ und die Zusammenhänge für die Erwachsenenbildung in anschaulicher und verständlicher Weise (siehe auch vorherigen Beitrag).

Juliane Lotz und Frank Zirzow vom Diakonischen Bildungsinstitut Johannes Falk in Eisenach stellten in ihrem Vortrag die Arbeit der Bildungsbeauftragten, einer Selbstvertretung innerhalb der Bil-

dungseinrichtung, vor und beschrieben eindrucksvoll die vielfältigen Aufgaben in der Erwachsenenbildung am Beispiel ihrer Einrichtung in Thüringen.

Der Freitagnachmittag stand dann im Zeichen der Vertiefung und Kleingruppenarbeit. In vier Workshops setzten sich die TeilnehmerInnen mit weiterführenden Themen auseinander:

1. „Bildung lohnt sich“ – Begründung für Erwachsenenbildung anhand von Praxis, Politik und Forschung. Ein Workshop, der von Heike Bücheler und Dörte Bernhard für die TeilnehmerInnen angeboten wurde.
2. Juliane Lotz, pädagogische Mitarbeiterin, und Frank Zirzow, Bildungsbeauftragter, vertieften in ihrem Workshop die Arbeitsweise der Bildungsbeauftragten in Thüringen unter dem Arbeitstitel: „So machen wir’s – wie macht ihr’s?“
3. „Das Wunderbare an der Bildung ist, dass jeder sie will und man sie wie die Grippe weitergeben kann, ohne selbst auf etwas zu verzichten“ (Arthur St.John Waugh). Unter diesem Thema stellten Anke Petschke und Johannes Tittel, beide FachpädagogInnen, die Arbeit der VHS Löbau-Zittau vor.
4. Katharina Werner, Fachpädagogin, erarbeitete anhand der Methode der Zukunftswerkstatt auf kreative Weise mit den TeilnehmerInnen das Thema: „Gemeinsam packen wir es an...“ – Erwachsenenbildung planen, umsetzen und auswerten“.

Lars Elster



Jede Workshop-Gruppe bereitet eine individuelle Präsentation für das Plenum am Samstagvormittag vor. Diese Präsentationen bildeten ein Highlight der Fachtagung. Der Kreativität und dem Einfallsreichtum der TeilnehmerInnen waren keine Grenzen gesetzt. Mit Freude und Begeisterung nahm das Plenum die Ergebnisse der jeweiligen Workshops auf.

Die Arbeit der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland stellten Heike Bücheler und Lars Elster in einem Überblick vor; sie bildeten den inhaltlichen Abschluss der Fachtagung.

Gegenseitiger und lebendiger Austausch drei Tage lang unter den TeilnehmerInnen sowie ein Büchertisch mit Informationen zur Erwachsenenbildung und zur GEB prägten zusätzlich die Fachtagung. Die Abschlussrunde machte es deutlich: Die TeilnehmerInnen fühlten sich durch die Tagung gestärkt und motiviert in ihren Funktionen als Heimbeirat, Werkstattträt, Freizeitträt und FachpädagogIn. So gab es vor allem neue Anstöße für die eigene Praxis. Und die Tagung vermittelte eine Stärkung des Bewusstseins für die Einflussnahme vor Ort:

Der einzelne Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen hat nicht nur das Recht auf Erwachsenenbildung, sondern kann diese aktiv mitbestimmen und mitgestalten. Denn: „NICHT nur Geld regiert die Welt!“

*Lars Elster, Schwarzach
Fachpädagoge und Mitglied im Fortbildungsausschuss der GEB
eMail: elster@geseb.de*

„Bildung für alle muss eine Bildung ohne Hindernisse sein!“

Mit diesem Satz endet die „Kölner Erklärung“, das Schlussdokument der Internationalen Fachtagung „Wir wollen – wir lernen – wir können!“, die vom 20. bis 22. September 2007 in Köln stattfand.

In dem vorliegenden Buch diskutieren über 60 Autorinnen und Autoren die Themen Erwachsenenbildung, Inklusion und Empowerment praxisnah und entwickeln sie weiter in Richtung Visionen einer tatsächlich unbehinderten Erwachsenenbildung.



Gerhard Heß, Gaby Kagemann-Harnack, Werner Schlummer (Hrsg.)

Wir wollen – wir lernen – wir können!

Erwachsenenbildung, Inklusion, Empowerment

In Zusammenarbeit
mit der
Gesellschaft
Erwachsenenbildung
und Behinderung



Gerhard Heß, Gaby Kagemann-Harnack,
Werner Schlummer (Hrsg.)

Wir wollen – wir lernen – wir können!

Erwachsenenbildung, Inklusion, Empowerment

ISBN: 978-3-88617-908-4

19,50 Euro [D]; 33.– sFr.

Verlag der Bundesvereinigung

Lebenshilfe für Menschen mit geistiger
Behinderung e.V.

Raiffeisenstraße 18

35043 Marburg

Ein ganz persönlicher Rückblick: Über 25 Jahre Theaterwerkstatt Eisingen

In dem folgenden Beitrag lassen die beiden Autoren – sie sind Gründer und Leiter der Theaterwerkstatt aus dem St. Josefs-Stift Eisingen – die vielfältigen Aktivitäten in der und um die Theaterwerkstatt Revue passieren.

Wenn wir uns an die vergangenen mehr als 25 Jahre der Theaterarbeit im St. Josefs-Stift Eisingen zurückbesinnen, so ist uns eines sofort klar: Ohne unsere Zusammenarbeit und Freundschaft wäre das alles nicht möglich gewesen. In einzigartiger Weise haben wir uns ergänzt, haben miteinander gerungen, haben uns gegenseitig inspiriert, gemeinsam Schwierigkeiten und Tiefpunkten getrotzt und uns immer weiterentwickelt. Dafür sind wir sehr dankbar. Dankbar sind wir aber auch für die vielen Weggefährtinnen und Weggefährten, die uns praktisch, ideell oder finanziell unterstützt haben. Und natürlich gebührt allen unseren Schauspielerinnen und Schauspielern ein großes Dankeschön für ihr Spiel.

Als wir im September 1981 unseren ersten Theaterkurs angeboten haben, hieß der einfach „Singen, Spielen, Verkleiden“. Nichts anderes wollten wir tun, und im Grunde ist es auch heute noch so. Wichtig sind uns die Schauspielerinnen und Schauspieler und ihre Ideen, deren Bilder und Einfälle und das Spiel.

Der vielleicht wichtigste Augenblick

Schon ziemlich bald hat sich bei allen die Lust eingestellt, nicht nur für sich

selber im stillen Kämmerchen zu spielen, sondern auch vor Publikum. Nach Märchen und Komödien, bei denen wir mit einem Erzähler gearbeitet haben und die Situationskomik der Mitwirkenden im Vordergrund stand, haben wir mit dem Schwarzlichttheater „Die Blume des Glücks“ (1990) und dem Verzicht auf das gesprochene Wort einen grundsätzlich neuen Theateransatz für uns gefunden. Gemäß dem Sprichwort „Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte“ bringen wir Bilder auf die Bühne, nur mit Musik untermalt, die wiederum Bilder in den Köpfen der Zuschauer erzeugen. Geschichten in Bildern, die berühren. Und das ganz ohne Worte. Das war einer der wichtigsten Augenblicke unserer Theatergeschichte.

Geschichten erzählen

Bilder entstehen zu lassen, eigene Geschichten zu erzählen, braucht Zeit und Raum. Wir versuchen uns dem Tempo unserer Schauspieler anzupassen, zu warten, geduldig zu sein bis der richtige Ausdruck gefunden ist. Wenn genug Raum vorhanden ist, gibt es immer wieder Überraschungen, welche darstellerischen Fähigkeiten zu Tage treten. Wie viel Tiefe, mit oft begrenzten Mitteln und Einschränkungen, zustande kommt.

Auch der Rhythmus in unserem Spiel ist ein ungewohnter, gegen den heutigen Trend, bei dem alles schnell mit einer Flut von Bildern und Worten einhergeht. Unser Rhythmus ist langsamer, einprägsamer, meditativer und überhaupt nicht oberflächlich.

Karlheinz
Halbig-Kolb
und Viktor
Reinhold

Maskenspiel

Mit dem Stück „Die Bärin, eine Seelenwanderung mit Masken“ (1994) haben wir unsere Begeisterung für das Maskentheater entdeckt. Seitdem arbeiten wir immer wieder mit Masken, wobei uns der Fertigungsprozess der Masken genauso wichtig ist wie das Spiel selbst. Selbstverständlich werden alle Masken vom jeweiligen Ensemble gebaut.

Man kann sich zwar hinter einer Maske verbergen, genauso gut kann die Maske auch Verborgenes offenbaren. Eine Faszination, die wir gerne für spannendes Theater nutzen.

Theater ganz persönlich

Auch wir verwirklichen uns in jedem Stück, bei dem wir Regie führen, was wir natürlich auch von den Schauspielern hoffen, mit unserer Kreativität und mit unseren künstlerischen und gestalterischen Ambitionen. Es ist immer eine Herausforderung, mit einfachen Mitteln eine Geschichte darzustellen, eine Botschaft zu vermitteln. Und das in einem klaren und verständlichen Spannungsbogen bzw. einer Inszenierung. Und selbstverständlich sind in allen Szenen auf der Bühne die Geschichten der Darsteller mit unseren eigenen verwoben.

Integrative Theaterarbeit

Wir haben uns nie dazu gedrängt gefühlt, integrativ auf der Bühne zu arbeiten. Unsere Aufführungen sind immer für Menschen mit Behinderung und für Menschen ohne Behinderung. Diese Begegnung im Publikum allein ist schon integrativ. Grundsätzlich sind wir der

Meinung, dass Menschen mit Behinderung nicht darauf angewiesen sind mit Nichtbehinderten, seien es professionelle Schauspieler oder Amateure, Theater zu spielen. Und dass Integrativ nicht automatisch eine Aufwertung in der Theaterarbeit bedeutet. Das gilt für Theater mit Behinderten, aber auch für Theater mit nicht behinderten Schauspielern.

Aber wenn sich die Gelegenheit ergibt, wie in unserer letzten Produktion „Liebe = ein seltsames Spiel“ (2004 u. 2006) mit dem Tanzensemble des Matthias-Grünewald-Gymnasiums, kann ein integratives Projekt sehr spannend und erfolgreich sein, vor allem, wenn beide Gruppen gleichberechtigt auf der Bühne stehen.

Der erste Scheinwerfer

Am Anfang unserer Theaterarbeit haben wir uns immer am Donnerstagabend für zwei Stunden zu den Proben getroffen. Irgendwann gab es dann (1985) den ersten Scheinwerfer und ein Budget von 500 DM im Jahr. Inzwischen können wir, dank vieler Spenden über unseren Trägerverein St. Josefs-Stift e.V., einen halben Tag pro Woche im Theater arbeiten und auch noch Lohnfortzahlungen für den Arbeitsausfall der Theaterleute in der WfbM bezahlen. Ebenso sind auf diesem Weg die Produktionskosten gesichert.

Die Schauspielerinnen und Schauspieler arbeiten, inklusive sieben Tagen Dienstbefreiung, etwa 150 Jahresstunden im Theater, die als Arbeitszeit der WfbM bezahlt werden. Die Theaterwerkstatt trägt die Lohnkosten für 110 Jahresstunden aus den Erlösen der Aufführungen. Weitere 150 Jahresstunden arbeiten die Ensemblemitglieder in ihrer Freizeit am Theater. Also mit sehr viel Engagement!

Das schönste Erlebnis

Sicher eines der beeindruckendsten Erlebnisse unserer Theatergeschichte war 1993 im Karneval von Venedig der Besuch einer Vorstellung von Carl Orffs *Carmina Burana* im Gran Teatro La Fenice mit dem damaligen Ensemble der Bärin – einer Seelenwanderung mit Masken. Dass wir 2002 noch einmal mit dem Maskentheater *Labyrinth* in Venedig spielen konnten und das Bayerische Fernsehen diese Reise auch noch dokumentiert hat, passt ganz gut zu dieser Erinnerung.



Szene aus dem Theaterstück „Mensch Jesus, ein Passionsspiel mit Masken“

Wie geht's weiter?

Im November 2007 hatte die 14. Produktion der Theaterwerkstatt „Mensch Jesus, ein Passionsspiel mit Masken“ Premiere. In zweijähriger Arbeit ist gemeinsam mit vier Schauspielerinnen und sieben Schauspielern ein Maskentheater zur Passion Christi entstanden. Mit 17 Großmasken werden in 20 Szenen, beinahe ohne Worte und in verdichteter Form, Episoden vom Leben und Sterben Jesu erzählt, unterlegt mit der einfühlsamen Musik von Armin Höfig, der die Musik eigens für das Theaterstück komponiert hat.

Und zum Schluss...

...zitieren wir einfach eine unserer Schauspielerinnen: „Mit dem Theater bin ich schon glücklich. Ich möchte nie, nie, nie mit dem Theater aufhören.“ (Carolin Schmidt) Und so ähnlich geht's uns wohl auch.

Das Theaterstück „Mensch Jesus, ein Passionsspiel mit Masken“ dauert etwa 70 Minuten. Aufführungen sind noch bis Ende April 2008 vorgesehen.

Weitere Informationen auf der Homepage: www.theaterwerkstatt-eisingen.de

Pleiten, Pech und Pannen

Im Großen und Ganzen sind wir (toi, toi, toi) von Pech und Pannen verschont geblieben. Einmal fiel eine Woche vor der Premiere der Hauptdarsteller aus, aber das Ensemble war wild entschlossen und durch Umstellungen war die Premiere gerettet. Oder bei einer Aufführung in der Schweiz fiel ein Schauspieler über die Bühnenkante. Er rappelte sich aber auf, kletterte wieder auf die Bühne und spielte trotz Prellungen weiter. Echte Pleiten haben wir (nochmals toi, toi, toi) bisher noch nicht erlebt.

Aktuelles aus Österreich



Winterakademie in Baden

Als länderübergreifende Akademie fand am 12. und 13. Januar 2008 das traditionelle Treffen der Vereinigung Erwachsenenbildung und Behinderung Österreich (VEB) mit nieder- und oberösterreichischer Beteiligung statt. Veranstaltungsort war das Zentrum für Individual Musik und Therapie – ZiMT in Baden, dem Sitz der VEB. Bezuschusst wurde die Akademie durch Gelder der Aktion „Licht ins Dunkel“ in Höhe von 2.000 Euro.

Unter der Leitung von Hubert Siman und seinem Team Viktor Wokurka und Angela Riedl startete das Akademie-Programm mit einem Trommel-Workshop. Zum Trommel-Angebot der Akademie gehörte auch das Konzert mit Reinhard Seisenbacher, ausgebildeter Trommellehrer mit Behinderung, der seine Musikalität nicht nur im Umgang mit verschiedenen Trommelarten unter Beweis stellte, sondern auch am Klavier Improvisationen vorführte.

Im Rahmen des festen Programmpunktes der Akademie „Wir lernen Oberösterreich kennen“ ging es diesmal um die Vorstellung des Salzkammergutes. Der mit Videos unterstützte Vortrag weckte im anschließenden Gespräch den Wunsch, in diesem Jahr die Landesausstellung im Salzkammergut in den Städten Gmun-

den, Ebensee, Bad Ischl und St. Wolfgang zu besuchen. Rhythmische Spiele mit der Trommel beschloss die Winterakademie. Eingebunden in das zweitägige Programm waren am ersten Tag auch Besichtigungen der Umgebung von Baden, besonders des Weinortes Gumpoldskirchen und der Stadt Mödling.

Im weiteren Verlauf des Jahres gibt es in Oberösterreich monatliche Stammtischtreffen und kulturelle Aktivitäten wie Museumsbesuche; in Niederösterreich wird die monatliche Gesprächsrunde weiter gepflegt sowie die seit langer Zeit erarbeitete „Lange Nacht der integrativen Kunst“ durchgeführt.

Barrierefreie Erwachsenenbildung

Beteiligt war die VEB durch Hubert Maria Siman auch bei der Entstehung des „Handbuch Barrierefreie Erwachsenenbildung in Niederösterreich“.



Das Handbuch, herausgegeben von Mag. Carina Diesenreiter und dem Österreichischen Institut für Erwachsenenbildung, will vor allem MitarbeiterInnen in der Erwachsenenbildung (von der strategischen Management- bis zur operativen Training- oder Serviceebene) und anderen InteressentInnen einen Einblick in barrierefreie Bildung geben. Was bedeutet es, Bildung für alle anzubieten? Wie kann man Barrieren abbauen? Welche Erfahrungen gibt es diesbezüglich auf

internationaler wie auch auf niederösterreichischer Ebene? Ein Serviceteil mit Beratungsstellen, Webtips und Literaturempfehlungen rundet das Handbuch ab. Das Handbuch liegt auch als PDF-Datei im Internet vor:
http://www.oieb.at/download/Handbuch_Barrierefreie_Erwachsenenbildung_in_NOe.pdf

*Hubert Maria Siman
Präsident des Vereins VEB Österreich*

Vereinsgründung: Politik gegen Aussonderung

Im Rahmen der 22. Tagung der sogenannten IntegrationsforscherInnen hat sich der Verein „Politik gegen Aussonderung – BAG für Integration und Inklusion e.V.“ gegründet. Der Verein verfolgt den Zweck, die Integration beeinträchtigter, behinderter und benachteiligter Menschen in allen Lebensbereichen zu fördern. Bei der Gründungsversammlung am 21. Februar 2008 in der Evangelischen Akademie Bad Boll diskutierten die Teilnehmer und Gründungsmitglieder über das erforderliche gesellschaftspolitische Engagement, um behindernde, aussondernde und benachteiligende Strukturen nicht nur institutionell, sondern auch gesamtgesellschaftlich zu überwinden. Der neu gegründete Verein mit Sitz in Frankfurt will dies u. a. dadurch erreichen, dass er offensive Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Lobbyarbeit für Integration und Inklusion auf allen politischen Ebenen betreibt sowie eine inklusive Lehr-, Lern-, Weiterbildungs-

und Unterstützungskultur fördert. Er strebt eine Vernetzung und enge Zusammenarbeit an mit Personen, Institutionen und Organisationen, die sich für Integration und Inklusion einsetzen. Schließlich geht es dem Verein auch um einen internationalen Austausch und entsprechende Zusammenarbeit.

Die Gründungsmitglieder wählten Irmaud Schnell, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, zur Vorsitzenden; stellvertretende Vorsitzende sind Anne-Dore Stein, Ev. Fachhochschule Darmstadt, und Peter Rödler, Universität Koblenz-Landau. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Ruby Räcker, Carsten Rensinghoff, Christoph Degen und Vera Moser.

Weitere Informationen unter:
<http://www.pol-int.net/>

Veranstaltungen

REHAB International, 15. Internationale Fachmesse für Rehabilitation, Pflege, Prävention und Integration

7.–9. Mai 2008, Karlsruhe

Informationen: Staufert Veranstaltungsservice GmbH, Herrn Stefan Stauffert, Projektleitung
Am Kornfeld 7, 44267 Dortmund

eMail: info@rehab-fair.com

Bildungskongress des VdS - Lernen individuell gestalten

31. Mai 2008, Köln

Congress Centrum Nord der Köln Messe, Messeplatz 1, 50679 Köln

Informationen: VdS Bildungsmedien, Zeppelinallee 33, 60325 Frankfurt a. M.

eMail: verband@vds-bildungsmedien.de

Homepage: vds-bildungsmedien.de

“Kultur am Rande”. Internationales Festival von und für Menschen unabhängig von Behinderung und Benachteiligung

30. Mai - 7. Juni 2008, Reutlingen

Informationen: BAFF – Bildung Aktion Freizeit Feste, Rosemarie Henes, Alteburgstrasse 15,
D-72762 Reutlingen

eMail: baff@lebenshilfe-reutlingen.de

Internet: <http://www.lebenshilfe-reutlingen.de>

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Care und Case Management

26.–27. Juni 2008, Dresden

“Es gibt nichts Gutes, außer man tut es” – Erfolge und Probleme der Implementierung von Case Management im Sozial- und Gesundheitswesen

Informationen: Deutsche Gesellschaft für Care und Case Management (DGCC), Saarstr. 3,
55122 Mainz

eMail: info@dgcc.de

Homepage: www.dgcc.de

4. Symposium zur Internationalen Heil- und Sonderpädagogik

4.–6. September 2008, Oldenburg

Informationen: Dr. Peter M. Sehrbrock, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg,
Postfach 2503, 26111 Oldenburg

Werkstätten:Tag 2008 – Perspektive Mensch: Zukunft – Chance – Arbeitswelt

24.–26. September 2008, Bremen

Informationen: BAG Werkstätten für behinderte Menschen e. V., Sonnemannstraße 5,
60314 Frankfurt / M.

Homepage: www.werkstaettentag.de

„Politische Bildung“: Politik (be)-greifen – Demokratie (er)-leben – Gesellschaft (mit)-gestalten

2.–4. Oktober 2008, Rothenburg ob der Tauber

10. FachpädagogInnentreffen und Fachtagung der GEB

Interessierte mit und ohne Behinderung, FachpädagogInnen, ExpertInnen, MitarbeiterInnen aus
Bildungs-, Freizeit oder Wohnbereichen erwartet in der Evangelischen Tagungsstätte „Wild-
bad“ ein vielfältiges Angebot: Informationen, Diskussionen, Vorträge zum Thema, Trends und
Entwicklungen der politischen Bildung im Kontext der Erwachsenenbildung, Praxisberichte zu
Bildungsangeboten, Workshops, Materialbörse.

Informationen: Lars Elster, Neue Steige 14, 74869 Schwarzach, Tel./Fax.: 06262/2548

eMail: elster@geseb.de

In der Begegnung leben – Europäischer Kongress für Menschen mit Behinderungen

24.–27. Oktober 2008, Den Haag / Niederlande

Der Kongress hat das Thema: Wechsel der Gezeiten

Informationen: Kongress 'In der Begegnung leben', c/o Thomas Kraus, Schillerstr. 21,
10625 Berlin

eMail: kongress@in-der-begegnung-leben.de

„Bildung in Arbeit und Freizeit“ – Fortbildung zur FachpädagogIn für Erwachsenenbildung

10.-14. November 2008, Rothenburg ob der Tauber

Die Evangelische Tagungsstätte „Wildbad“ ist das Veranstaltungshaus des 1. Seminarblocks
innerhalb der berufsbegleitenden Fortbildungs-Reihe. Die Qualifizierung besteht aus insgesamt
fünf Seminarblöcken und erstreckt sich über zwei Jahre.

Informationen: Heike Bücheler, Ringstr. 6, 77966 Kappel-Grafenhausen, Tel.: 07822/867175,
Fax: 07822/867176

eMail: Heike.Buecheler@t-online.de

Buchbesprechung

Teilhabe an der Erwachsenenbildung

Wiesner, G. / Zeuner, C. / Forneck, H. J. (Hrsg.): Teilhabe an der Erwachsenenbildung und gesellschaftliche Modernisierung. Dokumentation der Jahrestagung 2005 der Sektion Erwachsenenbildung der DGfE. Schneider Verlag, Hohengehren 2006. 284 S., 24,00 Euro; ISBN: 978-3-8340-0114-6

Beiträge der Jahrestagung der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft fasst das vorliegende Buch zusammen. Als Dokumentation der im September 2005 an der Universität Potsdam durchgeführten Tagung zum Thema Teilhabe an der Erwachsenenbildung und gesellschaftliche Modernisierung widmen sich die Beiträge vor allem der Frage, welche Strukturen, Organisationsformen, Angebote und Lernformen formeller und informeller Art die Teilnahme an Erwachsenenbildung begünstigen oder auch behindern.

Die Auseinandersetzung mit dieser Thematik ist weiterhin relevant, da Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse stetige Adaptions- und Integrationsleistungen der Menschen erfordern, für die das Weiterbildungssystem immer wieder neu funktional gestaltet werden muss. Da aktuell eine Diskrepanz zwischen politischen Ansprüchen und individuellem Lernverhalten erkennbar ist, setzen sich die in diesem Band versammelten Beiträge mit Fragen der Teilnahme und Teilhabe an Weiterbildung aus unterschiedlichen Perspektiven auseinander:

- Zwischen Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsverweigerung: die Perspektive der Lernenden.

- Zwischen Exklusion und Inklusion: nationale und internationale Perspektiven der Entwicklung von Weiterbildungssystemen.
- Zwischen Institutionalisierung und Entgrenzung: Konsequenzen für Angebotsstruktur und Support.
- Zwischen formalem und informellem Lernen: Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung.
- Zwischen Qualitätsbemühungen und -zwängen: die Perspektive der Anbieter und ihres Bildungsverständnisses.

Die Beiträge zeigen sowohl Entwicklungsperspektiven als auch Grenzen für die Lernenden und das Weiterbildungssystem, da strukturell bedingte gesellschaftliche Ungleichheit nicht allein durch Weiterbildung aufgehoben werden kann.



Präsidium: Die GEB mitgestalten!

Sich an den Aktivitäten beteiligen – sich in der Vereinsarbeit engagieren

„Wir wollen - wir lernen - wir können!“ war das Motto der letzten Fachtagung, die im September 2007 in Köln in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung (GEB) stattfand. Das im Rahmen dieser Tagung auf der 14. Mitgliederversammlung wieder gewählte GEB-Präsidium greift diesen Leitsatz auf und ruft Sie als Mitglieder oder Interessierte dazu auf, sich auch in der kommenden Amtszeit aktiv in die Vereinsarbeit einzubringen. Ideen sind nun gefragt zum „Wollen“, „Lernen“ und „Können“!

„Können“, „Lernen“ und „Wollen“ wird innerhalb der GEB u. a. durch folgende laufende Projekte und Initiativen ermöglicht:

- ▶ Vorbereitung des Gremientreffens (Anfang Juli 2008),
- ▶ Planung und Durchführung des Fachpädagogen-Treffens (Anfang Oktober 2008),
- ▶ Vorbereitung der Tagung 2009 anlässlich des 20. Geburtstages der GEB,
- ▶ Weiterentwicklung der Homepage (z.B. Ergänzung von Piktogrammen),
- ▶ Verfassen von Schriftstücken und Übersetzungen in einfacher Sprache,
- ▶ Anregungen zur Intensivierung des Austauschs zwischen Praxis und Wissenschaft,

- ▶ Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, d.h. (neue) Wege der aktiven Beteiligung aller Mitglieder zu gehen und auszubauen.

So laden wir beispielsweise im Juli 2008 Aktive und Engagierte nach Hamburg ein, um gemeinsam Ideen zu sammeln und Projekte voran zu bringen. Ferner soll – anknüpfend an die Fachtagung im Herbst 2007 – auch 2008 in Rothenburg o.d.T. ein offenes Bildungsangebot stattfinden. Weitere Projekte sind denk- und planbar. Ihren Ideen steht nichts im Wege!

Wenn Sie Lust bekommen, sich in dem einen oder anderen Projekt zu beteiligen oder aber selbst ein neues Projekt zu initiieren, dann melden Sie sich bitte unter der E-mail-Adresse: kontakt@geseb.de oder telefonisch unter 030/ 49 90 70 60. Almuth Mix, Mitarbeiterin in der Berliner Geschäftsstelle, wird Ihre Anfragen aufnehmen und an uns weiterleiten.

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften und über Ihre Ideen für eine gute Zusammenarbeit. Das Ziel einer *Bildung für alle* Menschen kann letztlich nur von allen Mitgliedern, d.h. all jenen, die dieses Ziel aktiv mit umsetzen, erreicht werden.

Mit den Besten Wünschen für eine gemeinsame Zukunfts-BILDUNG!

Ihr GEB-Präsidium

Gaby Kagemann-Harnack, Dörte Bernhard, Heike Bücheler und Bernd Wilder

Mitgliedschaft

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Gesellschaft
Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.
Im Beitrag ist das Abonnement der
Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
enthalten.

Jahresbeiträge:

€ 40,00 für Einzelpersonen, € 90,00 für Institutionen,

€ 24,00 für Studenten, € 11,00 für Menschen mit Behinderungen

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ:

Ort:

Tel.:

Beruf:

Unterschrift:

Abo-Bestellung

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
im Abonnement. Preis: € 16,00 (zuzüglich Porto und Versandkosten)

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ:

Ort:

Tel.:

Beruf:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Gesellschaft Erwachsenenbildung
und Behinderung e.V., Deutschland
Postfach 870228 - 13162 Berlin

Mitgliedschaft und Abonnement

sind auch über die Homepage www.geseb.de abwickelbar.

Vereinigung Erwachsenenbildung und Behinderung Österreich

Obmann Hubert M. Siman
Erzherzog Wilhelm Ring 2 • A-2500 Baden

Impressum

Die Zeitschrift Erwachsenenbildung und Behinderung erscheint zweimal jährlich und wird herausgegeben von der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.

Internet

Homepage: www.geseb.de

E-Mail: kontakt@geseb.de

Präsidentin

Gaby Kagemann-Harnack

Bergrade 17, 23898 Duvensee

E-Mail: kagemann-harnack@geseb.de

Bestellung und Versand Publikationen

Almuth Mix, Postfach 870228, 13162 Berlin

Tel.: 030 - 49 90 70 60

E-Mail: bestellung@geseb.de

Schriftleitung und Anzeigen

Bernd Wilder, Rosenstr. 9, 74821 Mosbach

Tel.: 06261-15168

E-Mail: wilder@geseb.de

Redaktion

Jutta Göttfried, Haimhausen; Christian Lindmeier, Soltau; Werner Schlummer, Köln; Ute Schütte, Schwäbisch Gmünd; Bernd Wilder, Mosbach

Verlag

Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland, Postfach 870228, 13162 Berlin

Bankverbindung

Pax-Bank Berlin: BLZ 37060193, Konto-Nr. 6000791014

Vorbehalte und Rechte

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Alle dadurch begründeten Rechte bleiben erhalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Herausgebers gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar.

Redaktionsschluss

15. Februar und 15. August und nach Vereinbarung.

Manuskript

Bitte bei der Schriftleitung einreichen.

Weitere Informationen siehe „Manuskript-Hinweise“ auf der Homepage www.geseb.de.

Gestaltung und Satz

Klaus Buddeberg, Kommunikation Barrierefrei

Heinrich-Barth-Str. 13, 20146 Hamburg

www.klausbuddeberg.de

Druck

alsterpaper, Wiesendamm 22a, 22305 Hamburg

www.alsterarbeit.de

ISSN 0937-7468

„Bildung für alle muss eine Bildung ohne Hindernisse sein!“

Mit diesem Satz endet die „Kölner Erklärung“, das Schlussdokument der Internationalen Fachtagung „Wir wollen – wir lernen – wir können!“, die vom 20. bis 22. September 2007 in Köln stattfand.

In dem vorliegenden Buch diskutieren über 60 Autorinnen und Autoren die Themen Erwachsenenbildung, Inklusion und Empowerment praxisnah und entwickeln sie weiter in Richtung Visionen einer tatsächlich unbehinderten Erwachsenenbildung.

Eine Reihe von Beiträgen behandelt das Spannungsfeld von Bildung, Empowerment und Selbstvertretung, zum Beispiel unter dem Aspekt des Persönlichen Budgets wie auch unter dem der Mitwirkung in Verbänden.

Darüber hinaus werden exemplarisch neue Themen und beispielhafte methodische Ansätze vorgestellt.

Neu ist an diesem Buch: Alle Texte, die nicht von vorne herein allgemein verständlich formuliert waren, wurden zusätzlich in leichte Sprache übertragen und illustriert.

Nicht zuletzt dadurch liegt jetzt ein Buch vor, das aus der Praxis für die Praxis geschrieben ist, fundierte theoretische Hintergrundbeiträge liefert und somit eine Fundgrube nicht nur für die Erwachsenenbildungsarbeit darstellt.

Gerhard Heß, Gaby Kagemann-Harnack, Werner Schlummer (Hrsg.)
Wir wollen – wir lernen – wir können!
Erwachsenenbildung, Inklusion, Empowerment

ISBN: 978-3-88617-908-4
19,50 Euro [D]; 33.– sFr.

ca. 320 Seiten, mit vielen Illustrationen

Verlag der Bundesvereinigung
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.

Raiffeisenstraße 18
35043 Marburg

Tel.: (0 64 21) 491-0
Fax: (0 64 21) 491-167

